

Positionen der NaturFreunde

Verabschiedet vom
Bundesausschuss der NaturFreunde Deutschlands
am 30. April 2020

**Liebe NaturFreundinnen und NaturFreunde,
liebe Genossinnen und Genossen,**

die NaturFreunde Deutschlands haben Beschlüsse gegen Rassismus, Ausgrenzung und rechten Terror gefasst und darin auch vor der Gefahr brauner Ökolog*innen gewarnt. Gleichzeitig wurde die Solidarität mit Geflüchteten betont.

Diese Beschlüsse sind Teil eines größeren Pakets, das der NaturFreunde-Bundesausschuss am 30. April 2020 in einer Videokonferenz verabschiedet hat. Aufgrund der Corona-Krise musste nämlich der 31. Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands abgesagt werden, zu dem die Anträge eigentlich eingereicht worden waren. Der Kongress wurde mittlerweile um ein Jahr auf den 16. bis 18. April 2021 verschoben.

So lange wollte der Bundesausschuss - das zweithöchste Organ des Verbandes - jedoch nicht warten und beschloss wichtige Kongress-Anträge bereits jetzt.

Zu diesen wichtigen Anträgen, die ihr anbei findet, gehört auch die Forderung, den Tag der Befreiung, 8. Mai, als bundesweiten Feiertag zu begehen. Die NaturFreunde wenden sich 75 Jahre nach Kriegsende in einem weiteren Beschluss gegen steigende Rüstungsausgaben und die wachsende Gefahr militärischer Gewalt.

Die NaturFreunde fordern außerdem mehr Anstrengungen im Umwelt- und Klimaschutz. Dazu gehören Beschlüsse für klimafreundliche Mobilität, für eine Agrarwende, für Gewässerschutz und eine Energiewende hin zu erneuerbaren Energien. Abgelehnt werden Technologien der Vergangenheit wie Atom- und Kohlekraft.

Um für diese Anliegen als Teil der Zivilgesellschaft effektiv streiten zu können, wenden sich die NaturFreunde gegen Bestrebungen, das Verbandsklagerecht von Umweltverbänden einzuschränken. Sie fordern außerdem ein modernes Gemeinnützigkeitsrecht, das gemeinnützigen Vereinen unbeschränkt die demokratische Teilhabe an der politischen Meinungsbildung ermöglicht.

Die Naturfreundehäuser nach der Corona-Krise zu stärken ist ein zentrales Anliegen des Bundesfachbereichs Naturfreundehäuser. Mit nachhaltigeren Angeboten, mit Vernetzung und wechselseitiger Unterstützung soll dieses Ziel erreicht werden.

Wir wünschen viel Erfolg bei der Arbeit mit diesen Positionen und sind gespannt auf Euer Feedback.

Berg frei und bleibt bitte Coronavirus frei



Maritta Strasser
Bundesgeschäftsführerin

Übersicht

1. Themenbereich: Sozialökologische Transformation

Weiterarbeit mit dem Manifest der NaturFreunde	5
--	---

2. Themenbereich: Zivilgesellschaft und Bürger*innenrechte stärken

Für ein soziales und demokratisches Europa!.....	6
Demokratische Zivilgesellschaft stärken - Gemeinnützigkeitsrecht reformieren!	6
Terror von Rechts konsequent mit staatlichen Maßnahmen bekämpfen!	7
Bestehende Wohnrechte anwenden - Wohnen als Verfassungsrecht stärken	7

3. Themenbereich: Natur- und Umweltschutz

Die Arbeit von FARN stärken.	
Die NaturFreunde warnen vor Gefahren brauner Ökolog*innen	10
Finger weg vom Verbandsklagerecht für Natur- und Umweltschutzverbände.....	10
Erhöhung der Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und Unterstützung der Dessauer Erklärung „Gewässerschutz jetzt umsetzen“	11
Agrarwende jetzt!.....	12
Nährstoffüberlastung der Biosphäre - Eutrophierung der Ökosysteme ist die Folge.....	12
Nutztiere sind keine Ware, sondern lebendige Wesen	12
Wir haben es satt - gelebte Nachhaltigkeit.....	13
Unverpackt - Müll vermeiden, Mehrwegbehälter nutzen.....	14

4. Themenbereich: Klimaschutz, Energie, Verkehr und Tourismus

Solidarität mit #FridaysForFuture	15
Verzicht auf Heizstrahler im Außenbereich	15
Positionspapier: Die Energiewende auf die Füße stellen.....	15
Atomkraftwerke weltweit abschalten: Keine Renaissance der Atomenergie zulassen	18
Klima schützen - Kohlekraftwerke abschalten	20
Mobilität klimaverträglich sichern	24
Erschließungsspirale in den bayerischen Alpen stoppen	27

5. Themenbereich: Friedenspolitik und Anti-Rassismus

Frieden sichern! Abrüsten statt Aufrüsten!.....	28
Aufruf: Frieden in Bewegung.....	28
Tag der Befreiung - Feiertag.....	30
Hand in Hand gegen Rassismus: Für ein demokratisches Miteinander - gegen Rechtspopulismus, Faschismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung	30
Fluchtursachen bekämpfen - nicht die Geflüchteten	33
LEBEN retten! Humanitäre Katastrophe endlich beenden, staatliche Seenotrettung unverzüglich beginnen.....	38

6. Anträge zur Organisation

6.1 Verbandsentwicklung

NaturFreunde bewegen weiter - Verbandsentwicklung bleibt Aufgabe.....	40
Gründung eines Sportbeirates der NaturFreunde.....	42
Aufnahme der NaturFreunde in den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) vorantreiben.....	42

6.2 Bundesfachgruppe Häuser

NaturFreunde-Häuserwerk stärken.....	42
--------------------------------------	----

1. Sozialökologische Transformation

Weiterarbeit mit dem Manifest der NaturFreunde

Auf dem 30. Bundeskongress der NaturFreunde in Nürnberg haben wir das

**Manifest für eine soziale und ökologische
Transformation:
Ein neuer Gesellschaftsvertrag**

beschlossen. Damit sind wir ein programmatischer Vorreiter in der Umweltbewegung. In den letzten drei Jahren haben wir über diese Zeitbeschreibung und unsere Vorschläge in internen und öffentlichen Veranstaltungen debattiert.

Das Manifest wurde auch behandelt auf den *fünf Treffpunkten N*. Ebenfalls haben wir mit anderen Verbänden und Organisationen darüber gesprochen. Daran knüpfen wir an. In den nächsten drei Jahren wollen wir die Debatte innerhalb der NaturFreunde und zusammen mit befreundeten Organisationen vertiefen und in folgenden fünf Punkten konkretisieren:

1. *Welche Konsequenzen ziehen wir aus dem Anthropozän:* Von welchen politischen, kulturellen und ökonomischen Herausforderungen müssen wir in der neuen Erdepoche ausgehen? Wie stellt das Anthropozän die Gestaltungs- und Verteilungsfrage?
2. *Die ökologischen Grenzen müssen respektiert werden:* Was bedeutet die Transformationsfrage im Anthropozän? Welche Konsequenzen müssen daraus gezogen werden, dass heute ökologische Grenzen erreicht werden? Wie kann die Ökologie zum festen Bestandteil des technischen Fortschritts und der ökonomischen Prozesse werden? Was sind unsere Schwerpunkte?

3. *Nur gerechte Gesellschaften sind reformfähig:* Wie können soziale und ökologische Gerechtigkeit miteinander verbunden werden? Wie wird angesichts der Grenzen des Wachstums ein ökologischer Sozialstaat möglich? Welche Rolle spielen dabei die 17 Sustainable Development Goals (SDG) der UN?
4. *Wir wollen mehr Demokratie wagen:* Unsere Zeit ist geprägt von Abgrenzung, Desintegration und Spaltung. Wie können mehr Demokratie und Bürger*innenbeteiligung, mehr Gemeinsamkeit und soziale Integration, neue Bündnisse und Allianzen verwirklicht werden?
5. *Die Rolle der NaturFreunde im Anthropozän:* Welche Rolle können wir in der neuen Erdepoche spielen? Was ist unser Selbstverständnis und welche Organisationsformen und Schwerpunkte setzen wir?

Unsere Zeit braucht einen Perspektivenwechsel. Das Anthropozän braucht eine neue Sichtweise. Ihr Schwerpunkt wird der Umgang mit den ökologischen Grenzen sein. Auf jeden Fall muss künftig die Steigerung der Energie- und Ressourcenproduktivität deutlich höher liegen als das wirtschaftliche Wachstum. Die NaturFreunde gehören zu den programmatischen Vorreitern der neuen Erdepoche.

Die NaturFreunde werden die Debatte über ihr Manifest und die oben genannten Fragen auf allen Ebenen fortsetzen und Bildungsveranstaltungen durchführen.



2. Zivilgesellschaft und Bürger*innenrechte stärken

Für ein soziales und demokratisches Europa!

Die NaturFreunde Deutschlands setzen sich für den Frieden und die Solidarität zwischen den Ländern Europas ein.

Die Europäische Union muss weiterentwickelt werden zu einer Gemeinschaft, die Umwelt und Natur als Lebensgrundlage der Menschen schützt, Wirtschaft den Bedürfnissen der Menschen unterordnet, Steuergerechtigkeit schafft, Arbeitnehmer*innen- und Menschenrechte sichert, Transparenz fördert und Frieden nach innen und außen gestaltet.

Die NaturFreunde setzen sich für eine Stärkung der parlamentarischen Rechte und eine grundlegende Demokratisierung der Europäischen Union ein. Der Einfluss von Wirtschafts-Lobbyist*innen auf Parlament, Rat und Kommission muss zurückgedrängt werden.

Die NaturFreunde Deutschlands und ihre Mitglieder unterstützen weiterhin Aktionen von Bündnissen zur Durchsetzung dieser Ziele.



Demokratische Zivilgesellschaft stärken - Gemeinnützigkeitsrecht reformieren!

Die NaturFreunde Deutschlands fordern die Bundesregierung und die Bundesländer auf, Rechtssicherheit für gemeinnützige Organisationen zu schaffen. Demokratie braucht breite Räume für zivilgesellschaftliches Engagement außerhalb von Parteien. Aber seit dem Urteil des Bundesfinanzhofs, das Attac die Gemeinnützigkeit entzogen hat, ist dieses Engagement immer häufiger mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit bedroht.

Wir fordern:

Gemeinnützige Organisationen, die selbstlos und im Einklang mit den Werten des Grundgesetzes im Dienste der Allgemeinheit tätig sind, müssen sich zur Verfolgung ihrer gemeinnützigen Zwecke unbeschränkt an der öffentlichen Meinungsbildung beteiligen dürfen.

Gemeinnützige Organisationen müssen für ihre ideellen Zwecke Partei ergreifen können. Sie müssen überparteilich, aber nicht unparteiisch sein.

Gemeinnützige Organisationen müssen sich auch gelegentlich zu anderen als ihren Zwecken öffentlich äußern dürfen, ohne dass dies für die Gemeinnützigkeit schädlich ist, zum Beispiel, wenn der Sportverein sich gegen Rassismus stark macht.

Als Sofortmaßnahme muss die Liste der explizit gemeinnützigen Tätigkeiten um die Förderung der Wahrnehmung und Verwirklichung von Grundrechten, Frieden, sozialer Gerechtigkeit, Klimaschutz, Demokratie, informationeller Selbstbestimmung, Menschenrechten und der Gleichstellung der Geschlechter erweitert werden.

Politische Bildung gemeinnütziger Organisationen muss weiterhin Haltung beziehen dürfen, statt in „geistiger Offenheit“ durchgeführt werden zu müssen. Politische Bildung muss auch zum Handeln aufrufen dürfen.

Wir lehnen die Schaffung einer neuen steuerbefreiten Vereinsform ab, die politisch aktiv sein darf, aber nicht gemeinnützig wäre. Gemeinnützige Organisationen dürfen nicht vor die Wahl gestellt werden, entweder politisch oder gemeinnützig zu sein.

Die NaturFreunde Deutschlands verurteilen aufs Schärfste den Entzug der Gemeinnützigkeit von Attac, Campact und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten.

Empfänger*innen: Alle demokratischen Fraktionen des Bundestags, Bundesfinanzministerium und Landesfinanzministerien



Terror von Rechts konsequent mit staatlichen Maßnahmen bekämpfen!

Die NaturFreunde Deutschlands wenden sich gegen Hass und Gewalt, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und nationalen Egoismus, mit denen die „Neue Rechte“ zunehmend die Mitte der Gesellschaft einnehmen will.

Die NaturFreunde fordern von der Bundesregierung, sicherzustellen, dass die (Gewalt-)Taten von Rechts nicht mehr als die Handlungen von „Einzeltäter*innen“ bagatellisiert werden, sondern als Taten eines inzwischen international agierenden terroristischen Netzwerkes begriffen werden, das an vielen Stellen begonnen hat, Teile der Bevölkerung einzuschüchtern und die Grundstrukturen unseres Staates zu destabilisieren. Es ist an der

Zeit, sich konsequent mit staatlichen Maßnahmen dem Terror von Rechts entgegenzustellen, den Opferschutz zu stärken und dies nicht den zivilgesellschaftlichen Organisationen allein zu überlassen, die darüber hinaus auch noch mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit bedroht werden. Jede Verstrickung von staatlichen Stellen in diesem Zusammenhang mit rechten Strukturen ist zu unterbinden. Jedem diesbezüglichen Verdacht muss entschieden nachgegangen, die Täter*innen müssen bestraft und aus ihren Positionen entfernt sowie die Öffentlichkeit informiert werden.



Bestehende Wohnrechte anwenden – Wohnen als Verfassungsrecht stärken

Spätestens seit Beginn der Industrialisierung ist Wohnraum kostbar geworden. Menschen benötigen Wohnraum, möglichst in unmittelbarer Nähe ihres Arbeits- oder Studienortes. Die Anzahl der Menschen, die heute gezwungen sind, immer höhere Anteile ihres Einkommens, oft bis zu 60 Prozent, für Miete auszugeben, steigt ständig. Der Anteil der Miete am Gesamteinkommen der Haushalte ist in den letzten 20 Jahren um mehr als 25 Prozent angestiegen. Um überhaupt Miete bezahlen zu können, sparen viele an Kleidung, Essen oder an Kultur, Büchern und Freizeitmöglichkeiten. Gründe für die steigenden Mietpreise sind die Privatisierungen von Wohnungen seit den 1990er-Jahren und die systematische Zerstörung des sozialen Wohnungsbaus.

Die NaturFreunde streiten dafür, dass Wohnen als Menschenrecht und damit als unveräußerliche Leistung der Daseinsvorsorge anerkannt wird. International ist das Recht auf Wohnen in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und in dem von Deutschland ratifizierten UN-Sozialpakt von 1966 (seit 1976 in Kraft) festgeschrieben. Das Menschenrecht auf Wohnen darf nicht den Gesetzen des Marktes unterworfen werden, der Wohnungsmarkt soll vielmehr durch öffentliche Unternehmen sozial gestaltet werden. Die NaturFreunde unterstützen Initiativen zur Einführung

eines Mietendeckels sowie zur Rekommunalisierung der Wohnungsbaubestände.

Die Verfasser*innen des Grundgesetzes haben ein mögliches Konfliktpotential erkannt und in Artikel 13, Artikel 14 Absatz 3 und Artikel 15 Grundgesetz (GG) die Wohnung besonders geschützt, Eigentum einer Sozialpflicht unterworfen und eine Vergesellschaftung von Eigentum ermöglicht.

Mit den bestehenden Vorschriften wird überwiegend nicht der Mensch, sondern die Wohnung als Kapitalanlage und damit die Eigentümer*innen geschützt. Mieter*innen werden zum Spielball des Gewinnstrebens. Artikel 14 Absatz 3 und Artikel 15 GG werden aus Angst vor Verfassungsklagen nicht oder fast nicht angewendet. Gesetzliche Regelungen wie Wohngeld oder Regelungen im Sozialgesetzbuch (SGB) II lindern meist nur die allerschlimmsten Auswüchse des bestehenden Gewinnstrebens.

Gerade Menschen mit geringen Einkommen werden aus innerstädtischen Wohngebieten, die nah am Arbeits-, Studien- oder Ausbildungsort liegen, verdrängt. Sie geraten damit in eine doppelte Armutspirale. Preiswerter Wohnraum ist häufig nur im ländlichen Raum zu erhalten, der oft nicht oder nur unzureichend an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angeschlossen ist. Der (staatlich geförderte) ÖPNV wird so zum Mobilitätsmittel

der ohnehin besser Betuchten. Die Bevölkerung auf dem Land ist wegen fehlendem oder ungenügendem ÖPNV auf den Individualverkehr, der überwiegend auf fossilen Antriebsmitteln basiert, angewiesen. Eine sozial-ökologische Lebensweise ist ihnen so nicht möglich.

Wohnungsbestand klimagerecht sanieren

Die NaturFreunde setzen sich für die Erhöhung der Wohnqualität in den Wohnquartieren ein, indem durch eine Aufstockung und Weiterentwicklung der Städtebauförderung der Um- und Ausbau der Wohnquartiere hin zu einer sozialen und klimagerechten Stadt gefördert wird. Die Städte, Gemeinden und Regionen müssen nach ökologischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der dort Wohnenden umgebaut werden. Bestehende Gebäude müssen energetisch saniert werden, ohne dass dies zur Verdrängung oder Mieterhöhung führt.

Für den Klimaschutz ist die Nutzung der vorhandenen energetischen Einsparpotentiale im Gebäudebereich entscheidend für die Erreichung der Klimaziele. Aufgrund der bestehenden gesetzlichen Lage wird die energetische Gebäudesanierung dafür missbraucht, zum Teil extrem steigende Mieten durchzusetzen, die für viele Mieter*innen zu einer untragbaren Belastung führen. Deshalb lehnen die NaturFreunde alle finanziellen Anreize zur Sanierung von Gebäuden ab, die auf Kosten der Mieter*innen umgesetzt werden. Vielmehr setzen sich die NaturFreunde dafür ein, dass Vermieter*innen gesetzlich verpflichtet werden, Gebäude mit niedrigen Effizienzklassen zu sanieren. Dabei dürfen Mieterhöhungen durch die Modernisierungumlage die Energiekosteneinsparung nicht überschreiten.

Bezahlbaren Wohnraum sicherstellen

Faire Vermieter*innen, die Wohnraum deutlich unter der ortsüblichen Vergleichsmiete anbieten, werden derzeit steuerlich bestraft. Das Finanzamt nimmt für die Besteuerung die erzielbare und nicht die tatsächlich erzielte Miete zur Grundlage. Wir NaturFreunde fordern, dass die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums nicht bestraft, sondern belohnt wird. Abgaben, Steuern und Gebühren sind deshalb an den tatsächlichen Mieteinnahmen zu berechnen und nicht auf fiktiv mögliche Mieteinnahmen auszudehnen. Wer sozialen Wohnraum

schaft, dem muss die Möglichkeit der Gemeinnützigkeit eingeräumt werden.

Verstehen wir die Wohnung als sozial-ökologischen Mittelpunkt des Menschen, fällt unter diesen Begriff nicht nur die Wohnung im engeren Sinne, wie wir sie heute verstehen. Ein menschenwürdiges Leben muss auch am Lebensende gewährleistet sein. Jeder wünscht sich, im eigenen Heim im Kreis seiner Familie seinen Lebensabend zu erleben. Durch den Zwang der gesellschaftlichen Verhältnisse sieht die Wirklichkeit aber anders aus. Pflegeheime sind heute meist Abstellräume für die Gepflegten. Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen in der Pflegeversicherung sind unzureichend. Bewohner*innen von Pflegeheimen sind Mieterhöhungen weitgehend schutzlos ausgeliefert, weil eine Kappungsgrenze für Mieterhöhungen fehlt. Die Gepflegten werden zum Spielball von Pflegeversicherung, Betreiber*innen und Investor*innen.

Wohnungsbestand in die öffentliche Hand überführen

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Veräußerungen von kommunalem Eigentum, wie beispielsweise Immobilien, Wasser- oder Energieversorgern, nur selten die erhofften Effekte hatten: sinkende Aufwendungen und höhere Investitionen durch die Privatwirtschaft. Stattdessen stiegen die gesellschaftlichen Kosten durch Profitmaximierung und die Kommunen verloren erheblichen Einfluss auf die Entwicklung vor Ort.

Um die Steuerungsmöglichkeiten auf dem sogenannten Wohnungsmarkt nicht weiter zu reduzieren, dürfen Veräußerungen kommunaler Wohnungsunternehmen und große Portfolioverkäufe kommunaler Bestände nicht mehr stattfinden. Gleichzeitig müssen im Sinne einer breit aufgestellten Rekommunalisierung Wohnungsbestände wieder in den Besitz der öffentlichen Hand gelangen. Das Ziel „bezahlbarer Wohnraum“ ist dabei im Zweifel wichtiger als die Unantastbarkeit der Profitmöglichkeiten aus geerbtem Vermögen oder aus Aktienvermögen. Wie das Beispiel Berlin zeigt, ist die Debatte um Vergesellschaftungen von Wohnungsunternehmen in der Breite angekommen. Diese Anstrengungen sind zu unterstützen und fortzuführen, damit langfristig eine Mehrheit der Wohnungen einer gemeinwohlorientierten Eigentümer*innenstruktur zugeführt werden.

Außerdem müssen Kommunen auch wieder selbst stärker als Bauherr*innen auftreten, um damit den Einfluss von Großinvestor*innen zurückzudrängen und jene Projekte vor Ort zu entwickeln, welche auch den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen. Dafür sind die Mittelzuweisungen von Bund und Ländern entsprechend zu erhöhen und die Kommunen wieder zu befähigen, selbstbestimmt ihre Räume zu gestalten.

Vor allem in den Ballungsräumen muss ein auf Schüler*innen, Auszubildende und Student*innen besonders zugeschnittenes Wohnungsangebot gefördert werden. Sie sind durch häufige Umzüge besonders von der steigenden finanziellen Belastung bei Neuvermietungen betroffen. Gleichzeitig beschleunigt diese Fluktuation wiederum den Anstieg der Mieten.

Doch auch auf dem Land würden junge Menschen von mehr Wohnheimplätzen profitieren. Im ländlichen Raum sind immer größere Distanzen zwischen Ausbildungsbetrieb, Berufsschule und Wohnort mit einer geringen Ausbildungsvergütung nicht zu finanzieren.

Die Ausweitung eines bedarfsgerechten Angebotes an gemeinwohlorientierten Wohnheimplätzen würde dieser Entwicklung zielsicher entgegenwirken. In den Städten würden davon nicht nur junge Menschen, sondern auch Familien sehr profitieren, da beide Gruppen um ein ähnliches Angebot konkurrieren: größere Wohnungen mit mehreren separaten Zimmern. Der ländliche Raum könnte durch die bessere Vereinbarkeit von Wohnort und Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen wieder bessere Zukunftsmöglichkeiten bieten.

Des Weiteren muss die häufig im Mietvertrag zu findende Regelwohnzeit auf die individuell geltende Regelstudienzeit sowie zwei Semester als

Puffer erhöht werden. Das zu geringe Angebot an Wohnheimplätzen darf keine Entschuldigung dafür sein, Studierende auf die Straße zu setzen.

Die NaturFreunde fordern deshalb die Bundes- und Landesregierungen auf,

- keine weiteren Privatisierungen kommunalen und öffentlichen Wohnraums vorzunehmen,
- bestehende gesetzliche Regelungen zum Schutz von Mieter*innen konsequent anzuwenden und auszubauen,
- umgehend klare rechtliche Regelungen zum (Rück-)Erwerb von Mieteigentum zu schaffen,
- die Gemeinnützigkeit für Wohnungsunternehmen wieder einzuführen,
- die Besteuerung auf tatsächliche Mieteinnahmen vorzunehmen,
- nicht nur die Wohnung, sondern das Wohnen als Grundrecht in das Grundgesetz aufzunehmen,
- einen flächendeckenden, regelmäßigen und bezahlbaren ÖPNV auch im ländlichen Raum bereitzustellen,
- Voraussetzungen für menschenwürdige und bezahlbare Wohn- und Pflegestätten zu schaffen,
- zum Ausbau des sozialen Wohnungsbaus die Bundesfördermittel auf mindestens sieben Milliarden Euro für die nächsten 10 Jahre aufzustocken,
- den Mieter*innenschutz deutlich auszubauen und einen verbesserten Kündigungsschutz für die Mieter*innen festzuschreiben,
- Auszubildenden- und Student*innen-Wohnheime zu unterstützen.



3. Natur- und Umweltschutz

Die Arbeit von FARN stärken. Die NaturFreunde warnen vor Gefahren brauner Ökolog*innen

Die NaturFreunde grenzen sich schon aus ihrer historischen Tradition von der nationalistischen, fremdenfeindlichen und rassistischen Ideologie der AfD ab. Sie sind von den Nationalsozialist*innen 1933 verboten worden und haben für ihren Widerstand gegen Hitler und den Krieg einen hohen Blutzoll gezahlt.

Der Bundesausschuss begrüßt, dass die NaturFreunde die Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) eingerichtet haben, die die Verbreitung und die Einordnung rechtsextremer Ideologien im Naturschutz beobachtet und bewertet. FARN leistet eine wichtige Aufgabe nicht nur im Interesse der Umweltbewegung, sondern auch der Demokratie und der Allgemeinheit.

Mit der Alternative für Deutschland (AfD) ist auch in unserem Land eine Partei in die Landesparlamente und in den Bundestag gewählt worden, die ein Sammelpunkt rechtsextremer Ideologien ist. Allen öffentlichen Bekundungen des AfD-Bundesvorstandes zum Trotz werden diese Positionen, die zum Beispiel im sogenannten Flügel vertreten werden, gedeckt. Die Unterschiede sind oftmals

nicht inhaltlich, sondern in der Darstellung und im Auftreten.

Wer heute - wie die AfD - den anthropogenen Klimawandel leugnet, die Windenergie verhindern will und den Ausstieg aus der Atomenergie ablehnt, der kann nicht im Namen des Umwelt- und Naturschutzes sprechen.

Die AfD bezieht sich beim Umwelt- und Naturschutz, der zusammen mit der Eurokritik und der Ablehnung der Migration zum dritten Schwerpunkt der Partei erklärt wurde, auf die ideologischen Positionen von Ludwig Klages, Martin Heidegger und Friedrich Jünger, die Antidemokraten, Antisemiten und Anhänger eines elitären Dritten Reiches waren. Sie lieferten eine Grundlage für die „Blut und Boden“-Ideologie der Nationalsozialist*innen.

Der Bundesausschuss fordert alle Gliederungen der NaturFreunde auf, dieses Thema aufzugreifen und die Arbeit von FARN zu unterstützen.

Die NaturFreunde werden in Zusammenarbeit mit FARN zu diesem Thema Seminare anbieten.



Finger weg vom Verbandsklagerecht für Natur- und Umweltschutzverbände

Mit Sorge sehen die NaturFreunde Deutschlands, dass es derzeit von Politiker*innen auf Bundes- und Landesebene Bestrebungen gibt, das Verbandsklagerecht deutlich zu beschneiden. So legten führende Politiker*innen der Regierungspartei CDU Mitte September 2019 einen „11-Punkte-Plan für schnelleres Bauen“ vor. Neben berechtigten Forderungen, wie die Planungskapazitäten zu erhöhen und mehr Planer*innen einzustellen, geht es dort darum, die Mitwirkungsrechte der Natur- und Umweltschutzverbände einzuschränken. Auf der Länderebene (zum Beispiel Schleswig-Holstein)

wurden zwischenzeitlich sogar Forderungen erhoben, das Verbandsklagerecht ganz abzuschaffen. Kritisiert wird auch die Initiative der Bundesregierung, bestimmte Infrastrukturvorhaben in das geplante sogenannte Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz (MgvG) aufzunehmen. Nach Auffassung der NaturFreunde Deutschlands ist dies der Versuch, die Beteiligungs- und Klagerechte von Bürger*innen und Umweltverbänden gegen umstrittene Großprojekte europarechts- und völkerrechtswidrig auszuschalten.

Die NaturFreunde Deutschlands fordern daher, dass:

- sich die Verantwortlichen in der Bundesregierung und in den Landesregierungen dafür einsetzen, dass es zu keinen Einschränkungen des Verbandsklage-rechts der Natur- und Umweltschutzverbände kommt;
- die Bundesregierung die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch die Bundesrepublik Deutschland im zweiten Halbjahr 2020 nicht dazu nutzt, mittels einer Initiative zur Reform

der sogenannten „Aarhus-Konvention“ Bürger*innenbeteiligungsrechte und den freien Zugang zu Umweltinformationen einzuschränken;

- die Regierungen im Bund und in den Ländern dafür sorgen, dass mehr Planungskapazitäten im Bereich der Infrastrukturentwicklung geschaffen werden und entsprechend mehr Planer*innen ausgebildet und eingestellt werden. Das betrifft auch die kommunale Ebene.



Erhöhung der Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und Unterstützung der Dessauer Erklärung „Gewässerschutz jetzt umsetzen“

Die NaturFreunde Deutschlands fordern Bund und Länder auf, ihre Anstrengungen wesentlich zu erhöhen, um die Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) bis 2027 zu erfüllen und einen „guten ökologischen Zustand“ der Gewässer bis 2027 herzustellen.

1. Die Bundesregierung wird insbesondere aufgefordert,
 - a. das Wasserhaushaltsgesetz und das deutsche Düngerecht zu reformieren, um Nitrat- und Phosphateinträge in das Grundwasser, die Oberflächen- und die Küstengewässer dauerhaft zu reduzieren;
 - b. die ökologische Durchgängigkeit der Bundeswasserstraßen herzustellen.
2. Die Bundesländer werden insbesondere aufgefordert,

- a. Bundesregelungen zum Gewässerschutz sowie die EU-Nitratrichtlinie umzusetzen und die Düngeverordnung anzuwenden;
 - b. anstelle des bisherigen Freiwilligkeitsprinzips verbindliche Regelungen zu erlassen.
3. Die Vollzugsbehörden werden aufgefordert, die Einhaltung aller Vorschriften streng zu kontrollieren.
 4. Zur Erreichung der Ziele der WWRL ist eine wesentlich bessere finanzielle und personelle Ausstattung auf allen Ebenen erforderlich.
 5. Die NaturFreunde Deutschlands unterstützen die Dessauer Erklärung „Gewässerschutz jetzt umsetzen“ anlässlich des Gewässerschutzforums der Umweltverbände am 15. November 2019 in Dessau.



Agrarwende jetzt!

Die NaturFreunde Deutschlands fordern die Bundesregierung auf, gesetzliche Grundlagen zu schaffen und sich gegebenenfalls gegenüber der Europäischen Kommission dafür einzusetzen, dass

- vor allem kleine, ökologisch arbeitende Betriebe Vorrang genießen vor Agrarfabriken und Massentierhaltung (zum Beispiel bei der Förderung);
- der Einsatz von Neonicotinoiden verboten und dadurch überflüssig wird, dass Landwirte sich an den in zertifizierten Bio-Betrieben entwickelten vielfältigen alternativen Methoden zu orientieren haben. Die unqualifizierte Flächenprämie ist durch gezielte Förderung ökologisch

arbeitender Betriebe zu ersetzen. Es sollen keine Ausnahmegenehmigungen für Neonicotinoide und andere Pestizide erteilt werden;

- die Massentierhaltung so weit heruntergefahren wird, dass auf den Einsatz von Antibiotika verzichtet werden kann und weniger Gülle auf die Felder ausgebracht wird und damit endlich die EU-Nitratrichtlinie im deutschen Recht umgesetzt wird.

Die NaturFreunde unterstützen das Bündnis „Wir haben es satt!“ und beteiligen sich aktiv daran.



Nährstoffüberlastung der Biosphäre – Eutrophierung der Ökosysteme ist die Folge

Angesichts der dramatischen Überlastung der Biosphäre mit reaktiven Stickstoffverbindungen sprechen sich die NaturFreunde Deutschlands für einen grundsätzlichen Wandel in der Landwirtschaft und Ernährung aus. Die Förderung der Massenproduktion von tierischen Nahrungsmitteln durch die Gemeinschaftliche Agrarpolitik (GAP) der EU muss beendet werden. Die Förderung muss auf eine umweltverträgliche Produktionsweise umgestellt werden. Dadurch werden auch die kleineren bäuerlichen Existenzen vor der Konkurrenz der Massenbetriebe geschützt.

Ferner sprechen sich die NaturFreunde Deutschlands, um diese Ziele zu erreichen, dafür aus, den Fleischkonsum deutlich zu reduzieren. Wir treten ein für eine vollwertige, schmackhafte, vorwiegend vegetarische und vegane Ernährung.

Um diesem Ernährungsziel Vorschub zu leisten, verpflichten sich die NaturFreunde Deutschlands, in ihren bewirtschafteten Naturfreundehäusern Mahlzeiten anzubieten, die den Kriterien entsprechen: wohlschmeckend, vollwertig, vorwiegend vegetarisch und vegan, in jedem Fall aber in ihrem Fleischanteil deutlich verringert.



Nutztiere sind keine Ware, sondern lebendige Wesen

Die NaturFreunde Deutschlands fordern den Gesetz- und Ordnungsgeber auf,

1. anstelle eines auf Freiwilligkeit beruhenden Labels ein verpflichtendes staatliches Label für die Tierhaltung einzuführen;
2. im Wege der Verordnung den gesetzlichen Mindeststandard für die Tierhaltung deutlich zu erhöhen durch:

- a. Vergrößerung der Mindestfläche der Boxen, Käfige etc., so dass jedes Tier genügend Bewegungsmöglichkeit hat;
- b. Unzulässigkeit ganzjähriger Anbindehaltung;
- c. artgerechte Ausgestaltung der Plätze, zum Beispiel mit Einstreu;
- d. drastische Reduzierung des Antibiotika-Einsatzes;

- e. schnellstmöglichen Verzicht auf Amputationen, die der Anpassung an Haltungsbedingungen dienen, wie zum Beispiel Kupieren der Schwänze von Ferkeln oder Kürzen der Schnäbel von Hühnern;
 - f. Verhinderung von industrieller Massentierhaltung im Wege einer Flächenbindung.
3. zur Vermeidung tierquälerischer Transporte sich für eine Änderung der EU-Transportverordnung einzusetzen und ihre Durchführungsverordnung in Deutschland zu überarbeiten, vor allem in Bezug auf Transportzeiten, Platzangebot und Temperaturen. Langstreckentransporte in Nicht-EU-Staaten sind zu stoppen;
 4. sich für die Schaffung von EU-weiten politischen Rahmenbedingungen für die Umstellung

der Tierhaltung einzusetzen und geschaffene Rahmenbedingungen finanziell zu fördern, insbesondere die biologische Landwirtschaft;

5. sofort zumindest die Einhaltung der bestehenden Vorschriften sicherzustellen, wie zum Beispiel durch:
 - a. häufigere und unangemeldete Kontrollen durch die Veterinärämter der Bundesländer als unabhängige übergeordnete Behörden;
 - b. Aufstockung des dafür zuständigen Personals.

Empfänger*innen: Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung, Bundestagsfraktionen, EU-Kommission, zuständige Landesministerien



Wir haben es satt – gelebte Nachhaltigkeit

Der Bundesausschuss fordert die Bundesgruppe, die Landesverbände, die Verantwortlichen in den Naturfreundehäusern, die Ortsgruppen, die Fachgruppen zur freiwilligen Selbstverpflichtung auf, beim Einkauf von Lebensmitteln aller Art für Veranstaltungen, Aktivitäten und für die Naturfreundehäuser auf Ökologie und Nachhaltigkeit zu achten.

Als Beiträge zur Nachhaltigkeit im Verständnis der NaturFreunde sehen wir:

- Keine Produkte aus Massentierhaltung und industrieller Produktion kaufen. Wir wissen, dass gerade hier die Gründe für die Überdüngung der Felder und Wiesen, die Verschmutzung des Trinkwassers mit Nitraten, die CO₂-Belastung, der Raubbau von Ackerflächen zu finden sind. Zusätzlich machen uns solche Lebensmittel krank; sie sind in der Regel mit vielen Pestiziden oder Medikamenten verunreinigt. Hinzu kommen wichtige Aspekte wie die Vermeidung von Tierquälerei und langen Transportwegen.
- Regionalen Anbau nutzen. Darunter verstehen wir den Anbau beziehungsweise die Aufzucht vor Ort, nicht zu verwechseln mit den Lebensmitteln aus der Werbung von Discountern mit vermeintlicher „Regionalität“, nach deren Verständnis zum Beispiel für Schleswig-Holstein gesamt Niedersachsen oder Mecklenburg-Vorpommern dazu gehören.

- Saisonale Produkte kaufen. Die Natur bietet zu fast jeder Jahreszeit einen reich gedeckten Tisch an frischen Lebensmitteln an.
- Bioprodukte kaufen, wo es machbar ist. Fleisch und Gemüse aus biologischer Landwirtschaft ist oftmals nicht so viel teurer als Produkte aus konventionellem Anbau. Auch hier gibt es jede Woche regionale Angebote.
- Abfall vermeiden! Bio-Gurke in Plastik, Paprika im Dreier-Pack, Äpfel in der 2-Kilo-Tüte – das kennen wir alle. Gerade die Bioabteilung im Supermarkt gleicht oftmals eher einer Plastikpräsentation als einem Gemüseverkauf. Das muss nicht sein. Die Wochenmärkte und Hofläden, von denen wir ein reichhaltiges Angebot finden, haben sich mittlerweile darauf eingestellt, dass der*die umweltbewusste Kunde* Kundin seine*ihre Tasche oder Tüte, seine*ihre Box und Vorratsbehälter dabei hat.

Die NaturFreunde sind sich einig, dass die industrielle Lebensmittelproduktion und Massentierhaltung den Klimawandel fördern. Hier können NaturFreund*innen, durch ihr Einkaufsverhalten Vorbild sein und ökologisch und nachhaltig denken und handeln. „Wir haben es satt“, dass Einkaufen unsere Natur zerstört.



Unverpackt - Müll vermeiden, Mehrwegbehälter nutzen

Die NaturFreunde Deutschlands fordern Politik, Supermarktketten und Verbraucher*innen auf, Plastik viel strikter zu vermeiden. Das Beispiel Plastiktüten zeigt, dass vieles möglich ist (deren Verbrauch wurde innerhalb von drei Jahren mehr als halbiert).

In Obst- und Gemüseabteilungen ist Plastik leider noch weit verbreitet, sei es als dünne Plastiktüte, als Vollschaale oder als Folie rund um Gurke und Co. Hier muss und kann auf unverpackte Ware umgestiegen werden. Nur in Ausnahmefällen, wenn die Hygiene es unbedingt erfordert, darf Plastik zum Einsatz kommen. Stattdessen: **Leichte Mehrwegnetze**, die sich immer wieder verwenden lassen, stellen eine gute Alternative dar. Papiertüten sind dagegen keine wirklich nachhaltige Lösung.

Das Beispiel der Unverpackt-Läden zeigt, dass auch in vielen anderen Bereichen auf Verpackungen durch zum Beispiel **Abfüllstationen** verzichtet werden kann. Rund 500 Produkte des Alltagsbedarfs werden dort unverpackt angeboten: Zu kaufen gibt es Getreide, Müsli, Nudeln und andere Produkte des Trockensortiments, ebenso Tee und Kaffee, Öl und Essig, aber auch Wasch- und Reinigungsmittel. Dies muss auch in einem konventionellen Supermarkt zwingend als zusätzliches Angebot eingerichtet werden.

Des Weiteren wird viel Plastik beim Kauf von offener Wurst, Fleisch und Käse verwendet. Um das abzuwenden könnten die Kund*innen Behälter mitbringen, in die die Ware gefüllt wird.

Hier müssen **praxistaugliche Regelungen** erarbeitet werden.

Schließlich müssen Einwegflaschen für Getränke und Lebensmittel aus dem Sortiment entfernt und in ein Mehrwegsystem überführt werden. Viele umweltschädliche Einwegsysteme lassen sich durch **umweltfreundliche Mehrwegsysteme** ersetzen. In den letzten Jahren gingen wir leider den umgekehrten Weg, wodurch immer mehr Einwegflaschen in den Handel kamen.

In Deutschland besteht ein einmaliges und gut ausgebautes Mehrwegsystem, das weiter ausgebaut werden kann.

Die NaturFreunde fordern von der Bundesregierung, den Landesregierungen und auch den großen Supermarktketten, dass

- Plastik in Obst- und Gemüseabteilungen bis auf ein unvermeidbares Minimum abgeschafft wird;
- Abfüllstationen und andere Elemente der Unverpackt-Läden, auch in konventionellen Supermärkten flächendeckend als zusätzliches Angebot eingerichtet werden;
- Lösungen erarbeitet werden, um einen verpackungsfreien Einkauf von Wurst, Fleisch und Käse zu ermöglichen;
- Einwegflaschen aus dem Sortiment entfernt und in ein Mehrwegsystem überführt werden.

Empfänger*innen: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU), Verbraucherministerien der Länder, Supermarktzentralen wie Lidl, Aldi, Rewe, Edeka, Kaufland und Marktkauf



4. Klimaschutz, Energie, Verkehr und Tourismus

Solidarität mit #FridaysForFuture

Die NaturFreunde Deutschlands solidarisieren sich mit der Fridays-For-Future-Bewegung. Wir begrüßen, dass sich Schüler*innen und Studierende mit den Themen Klimawandel und Nachhaltigkeit beschäftigen und diese auf die Straße tragen. Wir unterstützen die Bewegung in ihren Forderungen nach konsequenter Klimapolitik und einer lebenswerten Zukunft.

Die Sanktionierung der Kinder und Jugendlichen und ihrer Eltern durch Verweise oder gar Strafgeldbußen lehnen wir ab.

Die NaturFreunde Deutschlands fordern die politisch Verantwortlichen auf, schnellstens durch konkrete Maßnahmen auf die Forderungen von #FridaysForFuture zu reagieren.

Die Mitglieder der NaturFreunde werden aufgefordert, sich nach Möglichkeit an den freitäglichen Demonstrationen zu beteiligen und ihre Unterstützung gegebenenfalls durch Aktionen, Leserbriefe etc. zu demonstrieren.



Verzicht auf Heizstrahler im Außenbereich

Der Bundesausschuss fordert alle NaturFreunde-Gliederungen auf, in den Häusern und Einrichtungen sowie bei Veranstaltungen auf die Aufstellung von Heizstrahlern im Außenbereich zu verzichten. Alle Ebenen des Verbandes werden darüber hinaus aufgefordert, sich aktiv für ein Verbot von

Heizstrahlern im Außenbereich von gewerblichen Betrieben und auf öffentlichen Veranstaltungen einzusetzen. Auch im privaten Bereich sollte auf die Nutzung von Heizstrahlern verzichtet werden.



Positionspapier: Die Energiewende auf die Füße stellen

I. An einem Wendepunkt

Der Energieeinsatz ist eine Schlüsselfrage in der Entwicklung der menschlichen Zivilisation. Der Philosoph Hans Jonas nutzte für die fossilen und nuklearen Energien die Metapher vom entfesselten Prometheus, der das Feuer auf die Erde brachte und dafür von den Göttern bestraft wurde, um die Janusköpfigkeit der Einheit von Industriezeitalter und Energiepolitik zu beschreiben. Die Entfaltung des Industriekapitalismus und die massenhafte Nutzung fossiler Energieträger gingen ein enges Bündnis ein. Es macht auf der einen Seite Wohlstand, Beschäftigung und Lebensqualität möglich und führt auf der anderen Seite zu Klimawandel, Naturzerstörung und Ressourcenkonflikten. Ener-

gie ist zur Weltmacht aufgestiegen. Jonas forderte deshalb eine Ethik der Verantwortung: „Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlungen verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden.“

Der massive Einsatz von Energie ist ein tiefer Einschnitt, denn seit der Erfindung der Dampfmaschine wurde der Einsatz von Energie mit Fortschritt gleichgesetzt. Rauchende Schornsteine bedeuteten wirtschaftliches Wachstum, Kraftwerke standen für Wohlstand und Wirtschaftskraft. Öl wurde zum Schmierstoff der modernen Zivilisation, zur Basis der motorisierten Mobilität und die mit Freiheit gleichgesetzt. Energie- und

Rohstoffkonzerne stiegen zu den stärksten Unternehmen der Welt auf, die saudische Aramco steht heute an der Spitze aktiengeführter Unternehmen.

Die sozialen, ökonomischen und vor allem die ökologischen Folgen der massiven Verbrennung von Kohle, Gas und Öl wurden lange Zeit verdrängt. Eine Debatte über die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen wird bis heute kaum geführt. Doch es steht fest: Das expansive, fossil-nukleare Energiesystem ist schädlich für Umwelt und Klima. Es darf in der heutigen Form keine Zukunft haben. Es gibt keinen ernsthaften Grund, den anthropogenen Klimawandel zu bezweifeln. Die Folgen kommen mit der ganzen Härte der Naturgesetze auf uns zu.

Nach den Berechnungen des Weltklimarates (IPCC) wird, wenn es nicht zu wirksamen Gegenmaßnahmen kommt, bis zum Ende unseres Jahrhunderts eine globale Erwärmung von rund 2,5 bis 3 Grad Celsius erreicht werden mit gewaltigen regionalen Unterschieden. Die Hauptbetroffenen werden die armen Weltregionen sein, denn die Folgen des anthropogenen Klimawandels sind auf tragisch ungerechte Weise zeitlich und räumlich verteilt. So ist der afrikanische Kontinent besonders von der Erderwärmung betroffen, auch wenn er nur rund fünf Prozent dazu beiträgt. Und künftige Generationen können sich nicht wehren, denn die Anpassung an das Klimasystem hat eine zeitliche Verzögerung von vier bis fünf Jahrzehnten.

Die Nutzung der fossilen und nuklearen Energieträger ist auch eine Friedensfrage. Die Kenntnisse der Atomkernspaltung können nicht nur zivil, was in Tschernobyl und Fukushima zu einem Super-GAU geführt hat, sondern auch militärisch genutzt werden. Die Lagerstätten der fossilen Ressourcen sind dagegen durch eine Laune der Natur in der Regel nur in wenigen, politisch oft instabilen Weltregionen massenhaft verfügbar. Mit der zunehmenden Verknappung verschärfen sich die Verteilungskonflikte. Aus der Weltmarktkonkurrenz um wichtige Ressourcen kann eine neue Landkarte globaler Konflikte entstehen. Denn wer die Verfügung über Energie hat, der hat viel Macht, die sich mit wirtschaftlicher und politischer Macht verbindet.

Aus der Verwundbarkeit der Öko-Systeme, der Abhängigkeit von Rohstoffen und der heraufziehenden

Ressourcenknappheit ergeben sich vier Herausforderungen:

1. ökonomische Instabilität durch den Rohstoffbedarf;
2. politische Verwerfungen durch Verteilungskonflikte;
3. ökologische Gefahren durch die Überlastung der Stoffkreisläufe;
4. technische Großrisiken zum Beispiel durch Atomunfälle oder Ölbohrungen in tiefen Meeresregionen.

Dennoch wird der Widerspruch zwischen Wissen und Handeln größer. Die Weltmacht Energie diktiert die Verhältnisse, die Abhängigkeiten sind groß. Im letzten Jahr wurde seit Beginn der Messungen ein neuer Rekordwert beim Ausstoß von Kohlendioxid erreicht. Seit dem Klimarahmenabkommen, das 1992 auf dem Erdgipfel von Rio zur Reduktion der Treibhausgase beschlossen wurde, haben sich die Emissionen verdoppelt. Die Steigerung der Energieproduktivität, Maßstab für einen effizienten Energieeinsatz, und auch der Ausbau der erneuerbaren Energien bleiben weit hinter dem zurück, was möglich ist.

II. Die Idee der Energiewende

1980 hat das Öko-Institut erstmals ein Konzept der Energiewende vorgelegt, das eine vollständige Abkehr von Atomkraft und Öl aufzeigte. Als *Energiewende* wird seitdem der Umbau in eine nachhaltige Energiebereitstellung bezeichnet. Die drei Säulen des Umbaus heißen Energieeinsparen, Effizienzsteigerung und Erneuerbare Energien. Anfangs stellte die Energiewende die Steigerung der Energieproduktivität und Einsparen ins Zentrum. Zwei Jahre später folgte eine überarbeitete Fassung. Seitdem hat sich die Idee der Energiewende gegen starken Widerstand vor allem der traditionellen Energiewirtschaft durchgesetzt. Wichtigste Ausgangspunkte des Umbaus waren die Strom-einspeise-Verordnung, die CO₂-Reduktionsszenarien der Klima-Enquete des Deutschen Bundestages und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).

Die Energiewende ist in Umfang und Organisationsformen unvollendet geblieben. Der Grundgedanke war eine bedarfsorientierte, möglichst dezentrale Energiebereitstellung in den drei großen Bereichen

Energieeinsparen, Effizienzsteigerung und Erneuerbare Energien. Energiepolitik wurde dabei in erster Linie als Umstieg auf Energiedienstleistungen verstanden, die den Bau neuer Kraftwerke überflüssig machen. Zentrales Ziel ist es, über die gesamte Prozesskette der Wandlung und Nutzung den Energieeinsatz so gering wie möglich zu halten.

Schon 1990 hat die Enquete-Kommission „*Schutz der Erdatmosphäre*“ des Deutschen Bundestages gezeigt, dass zwischen 1990 und 2005 in den alten Bundesländern eine CO₂-Reduktion von 33 Prozent bei einem gleichzeitigen Ausstieg aus der Atomkraft möglich gewesen wäre. Insgesamt wurde damals ein technisches Einsparpotenzial von rund 42 Prozent des Energieumsatzes und weiteren acht bis zwölf Prozent durch gezieltes Einsparen ermittelt. Hinzu kam der Ausbau der Erneuerbaren Energien, deren Dynamik in den letzten Jahrzehnten viel stärker war als vorhergesagt, bis das EEG durch politische Vorgaben und einen unzureichenden Ausbau der Infrastruktur gebremst wurde.

Doch nach wie vor gibt es Bremsen durch Blockaden, Profitgier und einseitige Marktmacht der großen Stromproduzenten bis hin zu bremsenden Lobbyist*innen bei den Gesetzgeber*innen in Bundestag und Bundesregierung, obwohl abzusehen ist, dass die nächsten Jahre von der Überlastung und Knappheit des Naturkapitals bestimmt sein werden, so dass die Energiewende eigentlich beschleunigt werden muss.

Notwendig ist dafür eine sozial-ökologische Transformation. Dazu gehören nicht nur der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien, sondern auch strukturelle Reformen für mehr Bürger*innenenergie, ökologische Dienstleistungen und verbrauchernahe Dezentralität sowie eine Beendigung der monopolartigen Strukturen der Verbundwirtschaft. Effiziente Energiedienstleistungen kombinieren den unterschiedlichen Einsatz für Strom, Wärme und Mobilität miteinander, statt einseitig auf Mengen- und Größeneffekte im Kraftwerksbau zu setzen.

Die Verbundwirtschaft ist nicht auf einen effizienten Umgang mit natürlichen Ressourcen ausgerichtet. Sie missachtet bei ihren Emissionen die natürlichen Senken und erweist sich durch ihre

einseitige Angebotsorientierung als Innovationsbremse, die den Wettbewerb blockiert und den Strukturwandel erschwert. Bei der Energiewende geht es nicht nur um einen Austausch von Energieträgern, sondern auch um den Umbau der Infrastruktur und die Demokratisierung des Energiesystems.

III. Unser Land als Vorreiter

Deutschland kann bei der Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft eine Vorreiterrolle einnehmen, wie in den letzten Jahren der dann allerdings abgebremste Aufschwung der erneuerbaren Energien gezeigt hat. Sogar steigende Energiepreise kämen bei einem durch eine Effizienzrevolution deutlich niedrigeren Verbrauch die Nachfrager*innen günstiger. Denn energetisch betrachtet, weist der bisherige Verbrauch große Energieverluste auf. Sie belaufen sich auf rund 25 Prozent im Umwandlungssektor, auf ca. ein Drittel bei der Wandlung von der End- in die Nutzenergie und dort wiederum auf bis zu 35 Prozent. Nach den Gesetzen der Thermodynamik erreichen die Verluste rund 80 Prozent, vor allem im Wärmebereich, bei Antriebstechniken und bei Hochtemperaturprozessen.

Entscheidend ist die Anerkennung der Energie- und Ressourceneffizienz als Produktivitätsfaktor. Wenn sie massiv gesteigert wird, sind Energiepreise und Energiekosten zwei unterschiedliche Paar Schuhe. Deshalb muss die Steigerung deutlich über dem wirtschaftlichen Wachstum liegen. Das machbare Ziel, das bis Mitte unseres Jahrhunderts erreicht werden muss, ist eine solare „2000-Watt-Gesellschaft“. Dann wäre Deutschland führend bei dem Umbau zur Nachhaltigkeit. Die Umsetzung dieser konkreten Vision erfordert eine Vielzahl von Maßnahmen wie

- die Fortentwicklung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes;
- ein Erneuerbares Wärmegesetz und ein Wärmenutzungsgebot;
- ein Kraftstoffstrategie „Weg vom Öl“ und der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel;
- dauerhafte Förderung und Ausweitung der energetischen Sanierung des Gebäudebestands;
- eine technische Normung, die ökologische Ziele implementiert;

- die Schaffung eines Effizienzgesetzes und Effizienzfonds;
- die Förderung eines Effizienz- und Einsparprogramms in allen Energienutzungsbereichen;
- die Fortentwicklung der Öko-Steuer;
- die Umsetzung eines fairen Netzzugangs und einer wirksamen Anreizregulierung;
- den Ausbau einer umfassenden Bildungs- und Beratungsinfrastruktur für eine nachhaltige Energieversorgung;
- die Förderung von Energiegenossenschaften;
- die Dezentralisierung und Demokratisierung des Energiesystems.

Von der Ökologisierung der Wirtschaft und Technik kann in vielen Bereichen profitiert werden. Seit mehr als 30 Jahren sind die großen Chancen einer Effizienzrevolution bekannt, aber bis heute gibt es kein Effizienzgesetz zur Ausgestaltung des Verkehrs- und Wärmebereichs, auf die in unserem Land fast 65 Prozent des Energieeinsatzes entfallen.

Gute Politik hat ihre Quelle in der Zukunft. Die nächste Wirtschaftsperiode wird von ökologischen Herausforderungen geprägt werden, darauf muss die Infrastruktur und politisches Handeln ausgerichtet werden. Welche Chancen mit einer Vorreiterrolle verbunden sind, zeigt ein Blick auf die langen Wellen, mit denen Nikolai Kondratieff und Joseph Schumpeter das Auf und Ab in der wirtschaftlichen Entwicklung erklärt haben. Wenn ein

zentraler Produktionsfaktor knapp und teuer wird, kommt es zu Krisen. Alles spricht dafür, dass eine Effizienzrevolution bei Energie, Material und Rohstoffen ins Zentrum der Innovationen rücken muss.

Eine Klärung ist notwendig, welche Systemvoraussetzungen die Energiewende erfordert. Wie kann sie gegen die monopolartigen Strukturen der heutigen Energie- und Mobilitätswirtschaft durchgesetzt werden? Der Umbau in Richtung auf eine nachhaltige Energieversorgung braucht politische Rahmenseetzungen, neue Instrumente und auch neue Akteure und Allianzen.

Eine solare und effiziente Energie- und Ressourcennutzung ist ein zentraler Beitrag für eine Weltinnen- und Friedenspolitik sein, mit der die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen bewältigt werden. Eine nachhaltige Energieversorgung leistet weltweit einen wichtigen Beitrag gegen Arbeitslosigkeit und Naturzerstörung, stärkt die ökologischen Zukunftsmärkte und senkt das Risiko von Ressourcenkriegen, großen Unfällen und terroristischen Anschlägen.

Die NaturFreunde werden sich weiterhin an Energiewende-Aktionen beteiligen. Ortsgruppen und Landesverbände werden gebeten, das Thema in Veranstaltungen und örtlichen Bündnissen aufzugreifen.



Atomkraftwerke weltweit abschalten: Keine Renaissance der Atomenergie zulassen

Neun Jahre nach der Atomkatastrophe in Fukushima versucht die Atomlobby weltweit eine Renaissance der Atomenergie vorzubereiten. Die Atomenergie wird als Möglichkeit beschrieben, den Klimawandel zu stoppen und eine CO₂-freie Welt zu gestalten. Die Atomlobby behauptet, dass Atomenergie kaum CO₂ ausstößt und deshalb ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz sei.

In ihrer Argumentation verschweigt die Atomlobby, dass Atomkraftwerke hochradioaktiven Müll produzieren, der hunderttausende von Jahren in Atommülllagern verwahrt werden muss. Nirgends auf der Welt gibt es bisher auch nur ansatzweise

Konzepte für eine möglichst sichere Lagerung dieses hochgiftigen Atommülls. Die heute laufenden Atomkraftwerke sind tickende Zeitbomben: Jederzeit kann es zu einem Super-GAU wie in Fukushima oder Tschernobyl kommen.

Deshalb ist für die NaturFreunde klar: Wir sagen Nein zur Atomenergie und werden uns aktiv in der Anti-Atom-Bewegung für eine Beendigung dieser unverantwortlichen Hochrisikotechnologie einsetzen. Gemeinsam mit anderen Initiativen und Organisationen wollen wir die nukleare Kette weltweit brechen, um das atomare Zeitalter Geschichte werden zu lassen! Die sogenannte zivile Nutzung

der Atomenergie und die militärische Herstellung von Atombomben sind zwei Seiten einer Medaille. Deutschland muss dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und den EURATOM-Vertrag kündigen.

Es gibt positive Ansätze, aber auch Gefahren: Im Jahr 2018 wurden weltweit etwa 273 Milliarden US-Dollar für den Ausbau der Erneuerbaren Energien ausgegeben, während in neue AKW 33 Milliarden Dollar investiert wurden. Schon heute kostet die Produktion von Wind- und Solarenergie deutlich weniger als die von Atomstrom. Trotzdem versucht die Atomlobby, in einem Zusammenwirken von Militärs und Industrie ihr lukratives Geschäftsfeld Atomenergie zu retten.

Atomenergie – kein Beitrag gegen den zunehmenden Klimawandel

Atomkraftwerke werden keinen Beitrag zur Verhinderung der Klimakatastrophe leisten. Atomenergie ist inflexibel, hochgefährlich und mit einem modernen, ökologischen Stromsystem nicht vereinbar. Weltweit deckt Atomenergie aktuell etwa zehn Prozent des Strombedarfs und lediglich zwei Prozent des Gesamtenergiebedarfes. Trotzdem wird weltweit weiter an der Modernisierung der Atomkraft geforscht. Riesige finanzielle Mittel werden für eine Hochrisikotechnologie gebunden, die keinen Beitrag für ein sicheres und ökologisches Energieversorgungssystem leisten kann.

Mit dem internationalen ITER-Programm und der Forschung an sogenannten Fusionsreaktoren und „Small Modular Reactors“ werden gefährliche Perspektiven für eine Energieerzeugung für die Jahre nach 2050 erforscht. Diese langfristige Forschung bindet riesige Mittel und kann keinen Beitrag zur Verhinderung der Klimakatastrophe in den nächsten Jahrzehnten leisten. Allein für das EURATOM-Programm wurden für den Zeitraum 2014 bis 2018 mehr als 1,6 Milliarden Euro Fördermittel zur Verfügung gestellt. Für die Jahre 2019/2020 wurden weitere 770 Millionen Euro für EURATOM eingeplant. Zu diesen Beträgen kommen im Zeitraum 2014 bis 2020 weitere 2,9 Milliarden Euro für das Fusionsforschungsprojekt ITER sowie jährlich 25 Millionen Euro Verwaltungsausgaben hinzu. Für die Förderperiode 2021 bis 2027 sollen aus Steuermitteln 2,4 Milliarden Euro für das Forschungs- und Ausbildungsprogramm von EURATOM vorgesehen werden. In Zusammenhang mit den „Fusion-

for-Energy“-Aufgaben sollen für den Zeitraum 2021 bis 2027 weitere 6,1 Milliarden Euro für den Weiterbau des ITER-Fusionsreaktors zur Verfügung stehen.

Bis zum Jahr 2050 schätzt die EU-Kommission die nötigen Investitionen im Nuklearbereich auf mindestens 650 Milliarden Euro, davon 250 Milliarden allein für die Entsorgung von Altlasten und die Suche nach atomaren Endlagern. Weiter geht die EU-Kommission davon aus, dass etwa 400 Milliarden Euro für den Bau neuer Atomkraftwerke benötigt würden.

Neue Atomkraftwerke können nur durch riesige staatliche Subventionen betrieben werden. So weist das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung 2019 darauf hin, dass „Atomkraft niemals auf die kommerzielle Stromerzeugung ausgelegt [war], sondern auf Atomwaffen. Atomstrom war, ist und bleibt unwirtschaftlich.“

Die NaturFreunde lehnen den Betrieb und den Neubau von Atomkraftwerken ab, da

- sie den Ausbau eines zentralistischen Energieerzeugungssystems zementieren und damit die Durchsetzung einer ökologischen, dezentralen Energieerzeugung verhindern;
- Atomkraft und Erneuerbare Energien nicht kompatibel sind. Atomkraftwerke können nicht flexibel auf die Möglichkeiten von erneuerbarer Energie reagieren, da sie nicht kurzfristig hoch- und runterreguliert werden können. Der Strom aus Atomkraftwerken verstopft deshalb die Stromnetze und verhindert so, dass die erzeugte Energie von Windkraftanlagen und Solaranlagen in die Netze eingespeist werden kann;
- Atomstrom keineswegs CO₂-neutral ist. Die Treibhausgasemissionen bei der Produktion von Atomstrom entstehen größtenteils bei der vor- und nachgelagerten atomaren Kette. In der gesamten atomaren Kette ist vom Uranabbau über die Brennelementherstellung, den Kraftwerksbau und -rückbau bis zur Atommülllagerung ein sehr hoher Energieaufwand nötig, bei dem große Mengen an Treibhausgasen emittiert werden;
- mit dem Ausbau von Atomkraftwerken keine soziale und ökologische Energiewende eingeleitet werden kann. Atomenergie ist teuer und

bindet wertvolle finanzielle Mittel, die für den sozialen und ökologischen Umbau der Industriegesellschaft dringend benötigt werden. Der Strom von Atomkraftwerken kostet schon heute fast dreimal so viel, wie der Strom aus neuen Wind- und Solaranlagen;

- die Atomenergie keinen sinnvollen Beitrag zur Sicherstellung des weltweiten Energiebedarfes leisten kann. Heute wird durch die Atomenergie etwa zwei Prozent des weltweiten Energiebedarfes gedeckt. Würde es der Atomlobby gelingen, die Atomenergie soweit auszubauen, dass nur fünf Prozent der fossilen Energien durch Atomenergie ersetzt würden, müssten weltweit 1.000 neue Atomkraftwerke gebaut werden. Damit würde die Gefahr der atomaren Aufrüstung durch die Proliferation von hochradioaktivem Material massiv ansteigen, der produzierte Atommüll weiter zunehmen und die Gefahr einer nuklearen Katastrophe weiter steigen;
- der Bau von Atomkraftwerken teuer und langwierig ist. Mit den finanziellen Mitteln für den Bau eines neuen Atomkraftwerkes kann durch den Ausbau von erneuerbaren Energien und Maßnahmen zur Energieeinsparung innerhalb deutlich kürzerer Fristen ein Mehrfaches an CO₂ eingespart werden. Atomkraftwerke sind unwirtschaftlich und würden als rein privatwirtschaftliche Investition ohne staatliche Subventionierung im Durchschnitt fünf Milliarden Euro pro Kraftwerk Verluste erwirtschaften.

Die NaturFreunde werden sich den Versuchen der Atomlobby entgegenstellen und sich weiterhin aktiv in der Anti-Atom-Bewegung engagieren. Unser Ziel ist klar: Wir setzen uns für die Abschaltung aller Atomkraftwerke ein. Unser Ziel ist eine atomwaffen- und atomkraftwerksfreie Welt!

Die NaturFreunde fordern die Bundesregierung auf,

- sich für eine Auflösung des EURATOM-Vertrages einzusetzen und keinem neuen Haushalt

für die Förderperiode 2021 bis 2025 für die Atomforschung zuzustimmen;

- sich für einen wirklichen Atomausstieg Deutschlands zu engagieren. Dies setzt die sofortige Stilllegung der Brennelemente-Fabrik in Lingen und die Uran-Anreicherungsanlage in Gronau voraus;
- sich aktiv gegen den Neubau von Atomkraftwerken in anderen Staaten der EU einzusetzen und für eine Änderung der Europäischen Verträge einzutreten, in denen die Nutzung der Atomenergie vertraglich untersagt wird;
- sich für einen Umbau der Energieerzeugung in der EU einzusetzen und allen zentralistischen Lösungen zu widersprechen. Hierfür müssen die Mitgliedstaaten gemeinsam für einen konsequenten Umbau der Energiewirtschaft, weg von fossilen und atomaren Brennstoffen in Richtung einer dezentralen erneuerbaren Energieerzeugung, unterstützt werden;
- sich konsequent für die sofortige Schließung der grenznahen und gefährlichen Atomkraftwerke in Belgien, der Schweiz sowie Frankreich und Tschechien einsetzen;
- sich für ein weltweites Verbot von Uranabbau einzusetzen.

Die NaturFreunde werden

- sich weiterhin aktiv an den Protesten der Anti-Atom-Bewegung beteiligen und sich für einen vollständigen Atomausstieg in Deutschland engagieren;
- sich weiterhin aktiv in die europaweite Vernetzung gegen EURATOM einbringen;
- in möglicher Kooperation mit der Naturfreundejugend ein Informationspaket im Rahmen der Umweltdetektive-Arbeit zu den Themenbereichen „Uranabbau“ und „EURATOM“ erarbeiten;
- keine Verträge mit Energieversorgern schließen, die Atomstrom in ihrem Energiemix haben;
- mit Veranstaltungen für den Wechsel zu ökologischen Stromanbietern werben.



Klima schützen - Kohlekraftwerke abschalten

Deutschland hat als Volkswirtschaft seit Beginn der Industrialisierung fast fünf Prozent zur globalen Erderwärmung beigetragen. Noch immer sind die jährlichen Emissionen von Kohlendioxid (CO₂) pro Kopf mit etwa 9,6 Tonnen fast doppelt so hoch wie der internationale Durchschnitt von 4,8 Tonnen pro Kopf. 2018 wurden in Deutschland 868,7 Millionen Tonnen Treibhausgase freigesetzt. Im Jahr 2016 waren es noch 905 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Dieser bescheidene Rückgang wird nicht dazu beitragen, dass Deutschland in vertretbarer Zeit die Pariser Klimaziele einhalten wird. Deshalb brauchen wir eine grundlegende Transformation der Gesellschaft hin zu Nachhaltigkeit, Energieeinsparung und Klimaverträglichkeit.

Durch einen konsequenten nachhaltigen Gesellschaftsansatz, der soziale und ökologische Fragen in den Mittelpunkt der notwendigen gesellschaftlichen Transformation stellt, kann eine soziale Transformation gelingen. Allein durch konsequente Maßnahmen für den Klimaschutz können in Deutschland über 1,5 Millionen Arbeitsplätze entstehen, in der Erneuerbaren-Energien-Branche waren es 2016 bereits 338.700. Die Bundesregierung ist dabei, durch ihre inkonsequente und falsche Politik diese Arbeitsplätze aufs Spiel zu setzen und die großen Innovationen im Bereich der erneuerbaren Energien zu verspielen. Nach Aussagen des Bundesumweltministeriums wurden in Deutschland im Jahr 2017 mehr als 16 Milliarden Euro investiert. Dies ist ein Anfang, für einen konsequenten sozialen und ökologischen Umbau der Industriegesellschaft aber bei weitem zu wenig.

Ein großer Anteil der 16 Milliarden Investitionen in den Klimaschutz ist in die Windkraft und die Photovoltaik geflossen. Die NaturFreunde setzen sich dafür ein, dass die Wind- und Solarenergien deutlich ausgebaut und bestehenden Hemmnisse beseitigt werden. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), wie es auch als Forderung der NaturFreunde im Jahr 2000 in Kraft getreten war, war eine der entscheidenden Grundlagen für den schnellen Ausbau von Wind- und Solarenergien. Mehrere Bundesregierungen haben seitdem den Ansatz des EEG eingeschränkt und in den EEG-Novellen 2004, 2009, 2012, 2014 und 2017 bewusst negativ

verändert. Auf Druck der energieintensiven Industriebranchen und der Atom- und Kohlelobby wurden die Ansätze für den konsequenten Ausbau der dezentralen, Bürger*innenenergieerzeugung systematisch eingeschränkt und erschwert. Trotzdem ist es gelungen, dass im Jahr 2019 der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromproduktion auf zwischenzeitlich etwa 40 Prozent angestiegen ist. Durch diese Entwicklung konnte erreicht werden, dass im Jahr 2019 gegenüber dem Jahr 2018 die Kohleverstromung um etwa 25 Prozent zurückgegangen ist. Dadurch sinken die CO₂-Emissionen im Energieerzeugungssektor um etwa 50 Millionen Tonnen ab. In den nächsten Jahren muss es jedoch darum gehen, einen schnellen und konsequenten Ausstieg aus der Atomenergie abzuschließen und einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung durchzusetzen.

Bis dahin ist noch ein schwieriger Weg zurückzulegen. Noch immer sind in Deutschland viele Kohlekraftwerke aus den 1960er- bis 1980er-Jahren in Betrieb. Diese weisen einen besonders niedrigen Wirkungsgrad auf. Sie emittieren massenhaft CO₂ und schädigen durch Feinstaub und Emissionen die Gesundheit der Menschen: Bei der Verbrennung der klimaschädlichen Braunkohle entsteht mit Abstand am meisten CO₂. Für die Bereitstellung einer Kilowattstunde (kWh) Strom werden über 1.000 Gramm CO₂ freigesetzt. Aber auch die Verbrennung von Steinkohle setzt etwa 900 Gramm CO₂ pro kWh frei. Neben dem klimaschädlichen CO₂ werden schädliche Stoffe wie Feinstaub, Blei, Arsen, Cadmium und Quecksilber bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe freigesetzt.

Kohlekraft zerstört Natur und Gesundheit

Die Verbrennung von Braunkohle und Steinkohle führt weltweit in unterschiedlichen Regionen zu einer massiven Zerstörung. Menschen werden durch den Bergbau vertrieben, Landschaften werden zerstört und durch die Kraftwerksschlote werden giftige Emissionen freigesetzt, die die Gesundheit belasten. Durch die großen Kohlekraftwerke werden riesige Mengen des Klimakillers Kohlendioxid freigesetzt und die Gewässer über das Kühlwasser aufgeheizt. In den Kohleabbauregionen entstehen gigantische Restlöcher.

Nachdem Deutschland den Steinkohlebergbau Ende 2018 eingestellt hat, wird die benötigte Steinkohle importiert. Hierbei stammt ein großer Teil der importierten Kohle aus Kolumbien. Im Jahr 2017 betrug dieser Teil über sechs Millionen Tonnen Steinkohle. Kolumbien ist damit nach Russland und den USA der drittgrößte Steinkohlelieferant für Deutschland.

In Kolumbien befinden sich die größten Kohleabbaustätten in den Regionen La Guajira und Cesar. Das Kohletagebauegebiet in La Guajira ist eines der größten der Welt. Trotzdem lebt die Bevölkerung in dieser Region in bitterer Armut. Durch den riesigen Wasserverbrauch während der Kohlegewinnung und durch die Luftverschmutzung wird den Menschen ihr Recht auf unversehrtes Leben genommen. Mafiöse Strukturen verdrängen Menschen aus ihren angestammten Wohnregionen. Dabei kommt es zu Vertreibung, Einschüchterungen, Gewalt und Mord, wenn sich Menschen dagegen wehren.

Auch im Rheinland und in der Lausitz werden Menschen aus ihren Dörfern vertrieben. Allein im Rheinland wurden durch den Braunkohletagebau bis Ende 2017 fast 33.000 ha Land in Anspruch genommen. Noch immer liegt die aktuelle Betriebsfläche für den Braunkohletagebau im Rheinland bei 9.725 ha. Alle von RWE betriebenen Tagebaue umfassen eine Betriebsfläche von etwa 17.800 ha. Allein für den Tagebau Hambach mussten bereits 2.650 Menschen ihre Dörfer verlassen und wurden umgesiedelt.

In der Lausitz werden vier Tagebaue von der Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG) betrieben, die insgesamt 20.904 ha Fläche einnehmen. Davon sind noch immer 12.985 ha in Betrieb. Ende 2017 haben bei der LEAG ca. 5.000 Mitarbeiter*innen für den Abbau der Braunkohle gearbeitet.

NaturFreunde aktiv für die Energiewende

Die NaturFreunde haben als Anmelder der großen Demonstration mit 50.000 Teilnehmer*innen am 6. Oktober 2018 am Hambacher Wald für die Erhaltung des Hambacher Waldes, gegen weitere Zerstörung der Dörfer durch den Braunkohletagebau und für das Ende des fossilen Zeitalters demonstriert. Gemeinsam mit vielen streiten sie für ein Ende der Braunkohleverstromung bis spätestens

2030. Dabei haben die NaturFreunde auch die sozialen Interessen der heute noch in der Braunkohle Beschäftigten vor Augen und fordern von der Bundesregierung eine Beschäftigungsgarantie bei Absicherung des Gehaltes in sozial und ökologisch sinnvollen Bereichen ein.

In den letzten Jahren hat sich eine internationale Klimaschutzbewegung gebildet, die in vielen Staaten der Erde einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohleverstromung fordert. Sie kritisiert die massiven Menschenrechtsverletzungen durch den Kohleabbau in Staaten wie Südafrika oder Kolumbien und fordert die Staaten des Globalen Nordens auf, diesen Menschenrechtsverletzungen nicht weiter durch die Abnahme der „Blutkohle“ für die Kraftwerke zu unterstützen.

Mit Fridays For Future, Ende Gelände und Extinction Rebellion hat diese Bewegung eine hohe internationale mediale Aufmerksamkeit weit über die Umwelt- und Klimabewegung hinaus erhalten. Von Anfang an haben sich NaturFreund*innen in der Klimaschutzbewegung engagiert und sich für einen konsequenten Umbau der Industriegesellschaft eingesetzt. Ein wichtiger Baustein hierfür ist eine grundlegende Veränderung der Energieversorgung.

Um das deutsche Klimaschutzziel zu erreichen, muss eine weitreichende Dekarbonisierung der Energieversorgung durchgesetzt werden. Hierfür muss schnellstmöglich aus der Braunkohleförderung und der Verstromung von Braun- und Steinkohle ausgestiegen werden. Um das von der Bundesregierung gesetzte Klimaschutzziel für das Jahr 2020 möglichst schnell erreichen zu können, muss mit der Stilllegung der ältesten und klimaschädlichsten Kohlekraftwerke sofort begonnen werden. Ziel muss sein, das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten, das im Pariser Klimaabkommen festgelegt wurde. Die NaturFreunde erwarten von der Bundesregierung, dass spätestens im Jahr 2021 die Hälfte der laufenden Kohlekraftwerke abgeschaltet wird und der Kohleausstieg bis spätestens 2030 abgeschlossen ist.

Die NaturFreunde fordern:

- **Keine Inbetriebnahme des neuen Steinkohlekraftwerks Datteln 4!** Für einen schnellen Kohleausstieg in Deutschland ist die Inbetriebnahme eines neuen Kohlekraftwerkes nicht vertretbar.
- **RWE und LEAG müssen für die Bergbauschäden auch in Zukunft haften!** Die Bundesregierung muss ein Gesetz erlassen, dass Kohleunternehmen verpflichtet, für die so genannten Ewigkeitskosten ausreichend Rückstellungen zu bilden. Damit muss verhindert werden, dass sich die Kohleunternehmen durch politischen Druck oder durch Insolvenz ihren Verpflichtungen entziehen können. Die bisherigen Rückstellungen der Unternehmen sind reine bilanzielle Rückstellungen, die zum Beispiel durch Kraftwerke, dargestellt werden. Wird die Kohleverstromung jedoch beendet, verlieren diese Bilanzwerte sofort ihre Wertigkeit. Deshalb müssen die Kohleunternehmen gesetzlich verpflichtet werden, reales Geld in einen Fonds zur Finanzierung dieser Ewigkeitskosten einzuzahlen. Dieses Geld muss der realen Verfügung der Unternehmen entzogen werden.
- **Kohleausstieg bis spätestens 2030!** Im Kohleausstiegsgesetz muss der Kohleausstieg verbindlich für alle Kraftwerke bis 2030 festgeschrieben werden.
- **Kohleausstieg jetzt!** Durch eine Abschaltung von mindestens 50 Prozent der Kohlekraftwerke bis Ende 2021 muss ein signifikanter Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Im Jahr 2018 wurden durch das Kraftwerk Neurath (RWE) 38,3 Millionen Tonnen CO₂, Niederaußem (RWE) 32,2 Millionen Tonnen CO₂, Jämschwalde (LEAG) 25,9 Millionen Tonnen CO₂, Weisweiler (RWE) 16,8 Millionen Tonnen CO₂, Schwarze Pumpe (LEAG) 12,4 Millionen Tonnen CO₂, Lippendorf (LEAG) 11,7 Millionen Tonnen CO₂ und das Kraftwerk Boxberg (LEAG) 10,2 Millionen Tonnen CO₂ emittiert.
- **Einhaltung des 1,5-Grad-Zieles des Pariser Klimaschutzabkommens durch Deutschland!** Die Klimaschutzziele müssen durch eine Weiterentwicklung des beschlossenen Klimaschutzpaketes gesichert werden. Wir erwarten von der nächsten Bundesregierung, dass sie ein ambitioniertes Klimaschutzgesetz beschließt,

das die Einhaltung des 1,5-Grad-Zieles ermöglicht.

- Das **Reduktionsziel für Treibhausgase um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 muss schnellstmöglich umgesetzt** werden. Die Bundesregierung muss ein Sofortprogramm für den Klimaschutz vorlegen, mit dem bis spätestens 2022 das 40-Prozent-Reduktionsziel für Treibhausgase erreicht wird.
- **Schutz aller vom Tagebau betroffenen Dörfer:** Im Rahmen des Kohleausstiegsgesetzes muss der Schutz der vom Tagebau betroffenen Dörfer sichergestellt werden.
- **Beschäftigungsgarantie der betroffenen Arbeitnehmer*innen** aus dem Kohlebereich durch Sicherstellung von Alternativarbeitsplätzen in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen; gesetzliche Garantie der Einkommen und des Verbleibs in der Bundesknappschaft.
- **Klimaschutz muss sich im Bundeshaushalt widerspiegeln:** Für die nächsten Bundeshaushalte müssen jährlich mindestens zehn Milliarden Euro Investitionsmittel für Investitionen in den Klimaschutz eingestellt werden. Zur Finanzierung muss eine Vermögenssteuer eingeführt werden.
- **Keine Förderung der Atomkraft als vermeintliche Alternative zur klimaschädlichen Kohle!** Die Nutzung der Atomkraft ist unverantwortlich und muss weltweit schnellstens beendet werden!

Die NaturFreunde werden

- sich weiterhin **aktiv an den Aktionen der Klimaschutzbewegung beteiligen** und gemeinsam mit den Aktivist*innen für einen Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohleverstromung bis spätestens 2030 eintreten. Die **NaturFreunde unterstützen Fridays For Future** und werden gemeinsam mit vielen für den Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohle streiten: Mit Demonstrationen, Aktionen, mit Gesprächen mit Parlamentarier*innen und der Bundesregierung und durch vielfältige Aktionen;
- gemeinsam mit den internationalen NaturFreunde-Organisationen **Informationsveranstaltungen über die zerstörerischen Auswirkungen des Abbaus von Steinkohle in den Ländern des Globalen Südens** organisieren.

- Mit den NaturFreunden aus Afrika und Südamerika werden sie über die ökologischen und menschenrechtlichen Folgen des Kohleabbaus in diesen Regionen informieren;
- gemeinsam mit Umweltorganisationen und Initiativen den Kampf der Menschen in Polen und Tschechien gegen den weiteren Ausbau von Tagebauen unterstützen;
 - auf Ebene der Landesverbände und der Ortsgruppen sich aktiv in regionalen und lokalen Energiewendebündnissen engagieren;
 - die Landesverbände und Ortsgruppen aktiv dabei unterstützen, **Bürger*innenenergieanlagen zu fördern** und - wo es möglich ist - sich an solchen dezentralen Bürger*innenenergieanlagen zu beteiligen;
 - sich aktiv am **Protest gegen die Inbetriebnahme des neuen Steinkohlekraftwerks**

- Datteln 4** beteiligen und Aktionen anlässlich der Weltklimakonferenzen unterstützen;
- sich **aktiv an Stromwechsellkampagnen** hin zu ökologischen und nachhaltigen Energieerzeugern wie Naturstrom, Greenpeace Energy, Elektrizitätswerke Schönau oder Berliner Stadtwerke beteiligen;
 - daran arbeiten, dass in allen Einrichtungen und Häusern der NaturFreunde nur noch Energie von ökologischen und nachhaltigen Energieerzeugern eingesetzt wird. Die NaturFreunde werden in ihren Medien und Informationen hierfür aktiv werben;
 - in Ortsgruppen und Regionalverbänden Informationsveranstaltungen für eine sparsame, nachhaltige und ökologische Energieversorgung durchführen.



Mobilität klimaverträglich sichern

Mobil sein ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Freund*innen treffen, zur Arbeit, zur Schule zum Ausbildungsort kommen, Transporte von Gütern und Dingen des täglichen Bedarfs, dies alles erfordert Mobilität. Die NaturFreunde treten für eine Mobilität für alle ein. Hierbei müssen die Klimagerechtigkeit, Generationen- und Gendergerechtigkeit, die Integration von Kindern und älteren Menschen, die Mobilität von Personen mit Mobilitätseinschränkungen und sozial Benachteiligten und das Recht auf ein sicheres und gesundes Leben in den Städten und Regionen im Mittelpunkt stehen. Die Menschen in Stadt und Land müssen einen guten Zugang zu einem ökologischen und klimagerechten öffentlichen Nahverkehr erhalten. Ziel einer sozial- und klimagerechten Verkehrspolitik muss eine konsequente Vermeidung und Verlagerung von Verkehren sein. Ein klimagerechter Verkehr findet vor allem über den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Bahn sowie Fuß- und Fahrradverkehr statt. Hierfür muss ein massiver Ausbau der Bahn und des öffentlichen Nahverkehrs im Mittelpunkt der Verkehrspolitik stehen. Bis spätestens 2035 muss eine vollständige Dekarbonisierung von Kraftstoffen umgesetzt werden.

Mobilität muss klimaneutral und umweltverträglich werden!

Die immer noch zunehmende Belastung von Mensch und Natur durch den Verkehr gehört zu den größten Herausforderungen für die Klimaschutz- und Nachhaltigkeitspolitik:

- Der Landschaftsverbrauch durch Verkehrswege nimmt weiter zu und unzerschnittene Landschaftsflächen werden immer kleiner - mit allen negativen Folgen für Mensch, Fauna und Flora.
- 2018 hatte der Verkehrssektor mit ca. 19 Prozent den drittgrößten Anteil an Treibhausgasen in Deutschland. Absolut stiegen die Emissionen sogar noch, trotz Steigerungen der Effizienz bei den Fahrzeugantrieben. Zunehmende Fahrleistungen, die Dominanz fossiler Kraftstoffe und anhaltend hohe durchschnittliche CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen (Pkw) sind die Gründe.
- Die Luftverschmutzung durch Verkehrsabgase ist zudem wesentliche Ursache für die die menschliche Gesundheit gefährdenden Feinstaub- und NO_x-Belastungen.

Die NaturFreunde bekräftigen deshalb: Die derzeitige Verkehrspolitik kann aus ökologischen, gesundheitlichen und sozialen Gründen nicht weiter akzeptiert werden. Der Umstieg in eine nachhaltige, klimaschützende Verkehrspolitik ist dringend notwendig.

Dazu gehören aus Sicht der NaturFreunde folgende fünf Ansätze:

1. **Den Ausstoß an Klimagasen sofort drastisch reduzieren:**

- a. Eine klimagerechte Verkehrspolitik muss den öffentlichen Nah- und Fernverkehr und den Fuß- und Radverkehr in den Mittelpunkt der Verkehrsplanungen stellen. Ziel ist die drastische Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs. Die NaturFreunde unterstützen die Initiativen in den Städten und Regionen zur Schaffung von autofreien Innenstädten.
- b. Schon im bestehenden Fahrzeugbestand können die Emissionen kurzfristig reduziert werden, indem endlich ein Tempolimit eingeführt wird, in geschlossenen Ortschaften 30 km/h, auf Landstraßen 80 km/h und auf Autobahnen 100 km/h.
- c. Der geltende Bundesverkehrswegeplan muss grundlegend überarbeitet werden: Kein Geld für den Straßenneubau: Konzentration der Investitionsmittel auf den Ausbau der Bahninfrastruktur und des ÖPNV in den Städten und Regionen, Förderung des Ausbaus der Fahrrad- und Fußgängerinfrastruktur.
- d. Konsequente Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene.
- e. Rückbau der autogerechten Stadt durch sukzessiven Rückbau der mehrspurigen Straßen für den Autoverkehr und Bau von Radschnellwegen auf den freiwerdenden Flächen.
- f. Sukzessive Auflassung von Parkplätzen, Parkbuchten und Parkstreifen in den Innenstädten und Ausbau von Fahrradwegen und Verbreiterung von Fußgänger*innenbereichen.
- g. Das Dienstwagenprivileg muss abgeschafft werden.
- h. Die Kfz-Steuer muss reformiert werden, indem künftig der CO₂-Ausstoß der Fahr-

zeuge in die Bemessungsgrundlage einbezogen wird und die Diesel-Besteuerung an die Benzin-Besteuerung angepasst wird;

- i. der Schienenverkehr muss konsequent gefördert werden, stillgelegte Schienenstrecken müssen wo immer möglich reaktiviert werden.

2. **Umstieg auf klimaverträglichere Antriebssysteme:**

- a. Der Einsatz umweltfreundlicherer Energien und Techniken bei Straßenfahrzeugen muss begünstigt werden. Auch beim Schienenverkehr ist der Einsatz umweltverträglicher Stromproduktion und der Ersatz technisch veralteter Fahrzeuge zu fördern.
- b. Aus der Produktion von fossilen Verbrennungsmotoren ist bis spätestens 2025 auszustiegen; bis spätestens 2035 muss der Verkehrsbereich klimaneutral sein.
- c. Der Luftverkehr ist in den Emissionshandel einzubeziehen, alle Steuervorteile und Subventionen sind zu streichen.

3. **Die Verkehrsmittel des Umweltverbundes stärken:**

- a. Es muss möglich sein, im Wohnumfeld alle Wege zu Fuß oder mit dem Rad zu meistern, weil die nötige Infrastruktur wohnortnah zur Verfügung steht. Dazu gehört neben den Dingen des täglichen Bedarfs, auch die Kita oder die Schule, der*die Arzt*Ärztin oder der*die Apotheker*in.
- b. Der Übergang zwischen den Träger*innen des öffentlichen Verkehrs muss organisatorisch dringend verbessert werden. Abgestimmte Fahrpläne und Tarife sind nicht nur in städtischen Regionen, sondern auch im ländlichen Raum zu fördern. Dabei darf die Abstimmung der Fahrpläne und Tarife nicht an Verbund-, Kreis- oder Landesgrenzen enden. Hier kann die Schweiz ein Vorbild sein.
- c. Benutzer*innenfreundliche, preisgünstige oder sogar entgeltfreie ÖPNV-Angebote sind aufzubauen, dabei muss der ÖPNV konsequent bevorrechtigt werden.
- d. Die Finanzierung des ÖPNV durch die öffentliche Hand muss gesichert und ausgebaut werden.

- e. Die öffentlichen Verkehrsangebote in Stadt und Land müssen durch den Ausbau des Schienennetzes und den Einsatz von abgasgereinigten Bussen erweitert werden.
 - f. Zwischen 5 und 24 Uhr müssen die öffentlichen Verkehrsangebote verdichtet werden.
- 4. Konsequente Förderung des Fuß- und Radverkehrs:**
- a. Konsequenter Ausbau von Fußwegen und Fußgänger*innenbereichen in den Innenstädten durch Zurückdrängung des Raumes für den motorisierten Individualverkehr;
 - b. Ausbau von Radwegen und Radschnellwegen grundsätzlich auf Straßen durch Rückbau von mehrspurigen Straßen und der Aufgabe von Parkräumen für Autos;
 - c. großräumige Ausweitung und Ausbau von Fahrradstraßen und Spielstraßen;
 - d. an allen Haltestellen und vor Arbeits- und Einkaufsbereichen müssen ausreichend Fahrradabstellplätze geschaffen werden;
 - e. für den Ausbau der Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur müssen die Mittel im Bundesverkehrswegeplan vom Neubau von Straßen auf den Ausbau der Fuß- und Radinfrastruktur umgewidmet werden;
 - f. schneller Ausbau einer umweltfreundlichen Infrastruktur für Elektrofahrräder und Elektrolastenräder.
- 5. Flugverkehr radikal reduzieren:**
- a. Der Luftverkehr muss auf das minimal Notwendige beschränkt werden. Verkehrsbewegungen müssen zukünftig durch eine Förderung von Bahnverbindungen zwischen den Metropolen sichergestellt werden.
 - b. Die Landesentwicklungsplanungen müssen grundsätzlich überarbeitet werden. Alle Ausbaupläne für Flughäfen müssen gestoppt und mit dem Ziel der Verlagerung der Verkehre auf die Schiene überarbeitet werden. Ziel muss eine Reduzierung von Passagier- und Frachtaufkommen im Flugverkehr sein.
 - c. Auf allen Flughäfen muss ein konsequentes Nachtflugverbot von 22 Uhr bis 6 Uhr gesetzlich festgeschrieben werden.
 - d. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für ein europaweites Verbot von Kurzflügen unter 800 Kilometern zu engagieren.
 - e. Alle direkten und indirekten Subventionen für den Flugverkehr müssen abgeschafft werden.
 - f. Alle Flughäfen müssen zu Einsparungen von mindestens 60 Prozent der klimaschädlichen Emissionen bis spätestens 2025 verpflichtet werden.
 - g. Klimaauswirkungen des Flughafenbetriebs und aller Flugbewegungen müssen durch CO₂-Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen werden. Die Kosten hierfür sind additiv auf die Flugbewegungen umzulegen.
 - h. Die Kapazitäten der Flughäfen müssen sukzessive zurückgebaut werden. Ein erstes wichtiges Ziel ist, die Passagierzahlen deutlich zu reduzieren.

Bei allen Anstrengungen für einen klimaverträglicheren Verkehr bleibt, dass die Verkehrsinfrastruktur einen enormen Flächenverbrauch hat und Zuwächse begrenzt werden müssen. Der Umstieg auf eine andere Antriebstechnik als den fossilen Verbrennungsmotor wird dieses Problem nicht lösen. Das bedeutet, dass die Thematik, ob der Besitz eines PKWs auch weiterhin die Grundlage unserer Mobilität sein kann, in den Fokus der Diskussion rücken muss. Während es in den Ballungszentren heute schon häufig Alternativen zum eigenen Auto gibt, sei es das Fahrrad, der ÖPNV oder auch Car-Sharing-Angebote, ist für viele Menschen jenseits der Ballungszentren das Auto bislang die einzige Möglichkeit, mobil zu bleiben. Wenn der Öffentliche Personennahverkehr eine echte Alternative werden soll, müssen völlig neue Konzepte entwickelt werden.

Die NaturFreunde fordern, dass Schienenverkehr, öffentlicher Nah- und Fernverkehr, Rad- und Fußverkehr die Grundlage unserer Mobilität werden müssen. Dazu benötigen wir einen gesellschaftlichen Diskurs über die zukünftige, nachhaltige Mobilität, in dem die Folgen offen besprochen werden und sozialverträgliche Wege für diesen Umbau entwickelt werden. Die NaturFreunde unterstützen auch lokale Verkehrsinitiativen und – da wo es möglich ist – auch die Einführung eines kostenlosen ÖPNV.

Die NaturFreunde werden

- sich aktiv an Initiativen und Bündnissen für die Durchsetzung einer sozial- und klimagerechten Verkehrswende beteiligen;
- bei der Anreise zu NaturFreunde-Aktivitäten und zu den Naturfreundehäusern aktiv für die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln werben;
- in möglicher Kooperation mit der Naturfreundejugend ein Themenpaket „Klimagerechtigkeit und Verkehr“ erarbeiten;
- einen Aktionsleitfaden für die Ortsgruppen für eine Klimagerechte Verkehrspolitik erarbeiten und zur Verfügung stellen;
- Aktivitäten zur Durchsetzung eines kostenlosen ÖPNV unterstützen;
- gemeinsam mit den Ortsgruppen Möglichkeiten für den Einsatz von Lastenfahrrädern als Beitrag für eine klimafreundliche Verkehrspolitik erarbeiten. Der Bundesvorstand wird beauftragt, zu versuchen, ein entsprechendes Förderprogramm für die Ortsgruppen bei den öffentlichen Zuschussgebern durchzusetzen;
- im Rahmen der Ehrenamtsakademie inhaltliche Seminare und Weiterqualifizierungen für die Mitglieder und Aktiven anbieten;
- einen Leitfaden für die verschiedenen Fachbereiche der NaturFreunde erarbeiten, wie eine sozial- und klimagerechte Durchführung der Veranstaltungen sichergestellt werden kann.



Erschließungsspirale in den bayerischen Alpen stoppen

Die NaturFreunde Deutschlands fordern die bayerische Staatsregierung auf, durch ihre Subventionspolitik einen mäßigenden Einfluss auf die weitere Erschließung der bayerischen Alpen für den Tourismus zu nehmen. Dazu gehört

- künftig die Förderrichtlinien dahingehend zu ändern, dass im Hinblick auf die Klimakrise keine staatlichen Subventionen mehr für Beschneiungsanlagen gezahlt werden dürfen sowie die derzeitige Regelung restriktiv zu handhaben;
- bei der „Aufrüstung“ der Alpen für den Sommertourismus Fördermöglichkeiten für Erlebnisinstallationen auszuschließen;
- nur Vorhaben zu fördern, die nachhaltig, umwelt- und sozialverträglich sind;
- Konzepte zu fördern, die die Abhängigkeit der einheimischen Bevölkerung vom Tourismus mindern, indem sie ein zweites wirtschaftliches Standbein bieten;
- ein Verkehrskonzept zu entwickeln, das die alpinen Tourismusorte vom Autoverkehr entlastet und Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln garantiert.

Empfänger*innen: Bayerische Landesregierung und Fraktionen im bayerischen Landtag



5. Friedenspolitik und Anti-Rassismus

Frieden sichern! Abrüsten statt Aufrüsten!

Die NaturFreunde Deutschlands treten für Frieden und Völkerverständigung ein. Die Ostermärsche und der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung gehören zur Tradition der NaturFreunde-Bewegung.

Wir sind besorgt über aktuelle Entwicklungen, wie

- das Wiedererstarken nationaler Gefühle und Bewegungen, die nicht den Frieden sichern, sondern Egoismus, Abgrenzung und Feindseligkeit gegenüber anderen;
- das wieder belebte Gespenst des Kalten Krieges zwischen Ost und West und die damit verbundene Kündigung des INF-Vertrages, die Absichtserklärungen bezüglich der Aufstellung neuer Raketensysteme, die den Weltfrieden gefährden wie schon in den 70er-/80er-Jahren des 20. Jahrhunderts;
- die Forderung, den Wehretat auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, was nicht nur den Frieden destabilisiert, sondern auch notwendige staatliche Ausgaben im sozialen oder Umweltbereich verhindert.

Klimaschutz statt Aufrüstung

Die NaturFreunde Deutschlands fordern von der Bundesregierung und dem Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik eine neue Phase der Abrüstungs- und Entspannungspolitik. Notwendig sind Abrüsten statt Aufrüstung und eine Fortsetzung und Vertiefung der weltweiten Rüstungskontrolle. Wir kritisieren die neue Hochrüstung, die Aufkündigung des INF-

Vertrages und die Gefährdung der Rüstungskontrolle. Sie sind mit einer Friedens- und Entspannungspolitik nicht vereinbar.

In Europa droht eine Rückkehr in eine neue, auch atomare Aufrüstung. Wir lehnen das ab, stattdessen muss die deutsche Politik in einer Welt, die am Rande des Friedens steht, in Klimaschutz und soziale Sicherheit investieren und dort zum Vorreiter werden. Deshalb: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, Vertrauen aufbauen, Perspektiven für eine ökologisch verträgliche Entwicklung und mehr soziale Gerechtigkeit schaffen.

Die NaturFreunde Deutschlands fordern die Bundesregierung auf, zur Friedenssicherung folgende Maßnahmen durchzuführen:

- Verhandlungen über Entspannungspolitik auch mit Russland und China;
- die Verstärkung der Friedensbemühungen seitens der EU an Stelle von Aufbau zusätzlicher gemeinsamer militärischer Strukturen;
- die Aufklärung der wirtschaftlichen Interessen, die hinter den Forderungen nach mehr Rüstung, durchaus auch sich neutral gebender Stiftungen, stecken;
- das Verbot von Rüstungsexporten;
- die Entwicklung von alternativen wirtschaftlichen Perspektiven für Regionen, in denen die Rüstungsindustrie prosperiert;
- kein „Werben fürs Sterben“ der Bundeswehr in Schulen und anderswo.



Aufruf: Frieden in Bewegung

Die NaturFreunde Deutschlands veranstalten im Zeitraum von Mai bis Juli 2021 eine Friedenswanderung. Unter dem Motto „Frieden in Bewegung“ wollen wir auf die aktuellen friedenspolitischen Entwicklungen aufmerksam machen. Dabei greifen wir die 125-jährige Tradition der NaturFreunde-Bewegung für Frieden und Entspannung auf.

Nationale Isolation wird wieder ein attraktives politisches Konzept, und aktive Konflikte nehmen weltweit zu. Die fragwürdigen Waffenexporte Deutschlands in Konfliktgebiete und an Regime ohne jedes Menschenrechtsverständnis erreichen neue Rekordmarken. Die deutsche Bundesregierung muss sich deshalb endlich der Frage ihrer Verantwortung stellen. Deutschland mit seiner Funktion als militärische Drehscheibe der NATO muss den aufkeimenden Aggressoren Einhalt gebieten.

Viele Regierungen setzen wieder auf militärische Stärke und Konfrontation. Die deutsche Bundesregierung hat sich gegenüber der NATO zu dramatischer Aufrüstung verpflichtet. Der globale Rüstungswettlauf gewinnt an Tempo. Steigende Rüstungsausgaben aber verschärfen Verteilungskonflikte und binden Ressourcen, die für die Bewältigung der Klimakrise gebraucht würden. Mit dem Wachstum der Waffenarsenale wächst auch die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen. Deshalb sind Entspannungspolitik, Abrüstung und Konfliktlösungsstrategien heute nötiger denn je!

„Frieden in Bewegung“ setzt ein Zeichen für Frieden und Abrüstung. Mit jedem Schritt fordern wir, aus Verantwortung für Menschen und Natur die Gefahr durch tödliche Waffenarsenale zu verringern, anstatt sie weiter zu erhöhen. Wir NaturFreunde wollen das politische Versagen in der Friedenspolitik nicht länger hinnehmen und rufen deshalb zur großen Friedenswanderung auf.

„Frieden in Bewegung“ bewegt die Teilnehmenden und stärkt die Bewegung. Das gemeinsame Engagement in der Friedensbewegung muss heute erneuert werden. Friedensaktivismus muss wieder in die Gesellschaft getragen werden und mit neuer Energie belebt werden, denn Frieden ist keine Selbstverständlichkeit. Die Friedenswanderung gibt uns die Chance, diese Botschaft durch Deutschland zu tragen, in große Städte, aber auch

kleine Gemeinden. Wir wollen so viele Menschen wie möglich erreichen, um auch einen Dialog in der Gesellschaft auszulösen und das bestehende System der Militarisierung zu hinterfragen.

Das Engagement für Frieden hat in unserem Verband eine lange Tradition. Schon in den 1950er-Jahren haben die NaturFreunde und insbesondere die Naturfreundejugend die Anti-Atomtod-Bewegung unterstützt und die Ostermärsche mitbegründet. „Frieden in Bewegung“ fordert, was schon diese NaturFreund*innen forderten:

- eine globale Abrüstung
- das Verbot von Rüstungsexporten
- eine neue Entspannungspolitik
- eine atomwaffenfreie Welt

Unser Ziel ist es, ein breites Friedensbündnis zu formieren und viele Menschen zu mobilisieren, die gemeinsam für eine friedliche Zukunft durch die Bundesrepublik wandern. Während der einzelnen Etappen werden uns lokale Teilnehmer*innen und Wanderleiter*innen über die geografischen und geschichtlichen Gegebenheiten berichten und uns einen Einblick in die kulturhistorische Vergangenheit von Krieg und Frieden in Deutschland geben. Zusätzlich wird es Kundgebungen in allen größeren Städten geben.

Die Friedenswanderung steht in der NaturFreunde-Tradition des Sozialen Wanderns, denn während der Etappen wollen wir über die politischen, sozialen, kulturellen und naturwissenschaftlichen Themen unserer Gesellschaft diskutieren, um die herrschenden Verhältnisse zu überwinden.

„Mit der Naturfreundebewegung wandert der sozialistische Gedanke in die Berge. Das ist die politische Auswirkung unserer unpolitischen Tätigkeit.“

Frei nach dieser Aussage im „Naturfreund“ aus dem Jahr 1929 soll die Friedenswanderung an die Kombination aus sportlicher Betätigung und politischem Aktivismus anknüpfen und Frieden als erstrebenswertes Ziel wieder in die gesellschaftliche Mitte rücken.

Wir fordern alle NaturFreund*innen auf, die Friedenswanderung nach ihren Möglichkeiten zu un-

terstützen. Helft mit bei der Organisation von Veranstaltungen und bei der Mobilisierung der Teilnehmer*innen. Euer Engagement und eure Erfahrung bilden das Fundament dieses einzigartigen Ereignisses. Es haben sich bereits zahlreiche Mitorganisator*innen gefunden, die mit ihrem beispiellosen Einsatz diese Wanderung ermöglichen. Sei auch du dabei!

Lasst uns gemeinsam für ein friedliches Miteinander protestieren. Große Aktionstage sind in Hamburg, Hannover, Frankfurt und Konstanz geplant.

Tag der Befreiung – Feiertag

Die NaturFreunde Deutschlands bekräftigen anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung von Faschismus und Krieg ihre Forderung, dass der 8. Mai als Tag der Befreiung von Faschismus und

Außerdem werden wichtige Rüstungsstandorte in Deutschland angelaufen (zum Beispiel Rheinmetallwerk in Unterlüß) und der Aktionstag der NaturFreunde Deutschlands an der Atomwaffenlagerstätte Büchel 2021 am 13. Juni 2021 ist ebenfalls mit eingebunden.

Sei solidarisch, wandere mit!



Krieg endlich ein offizieller (gesetzlicher) Feiertag wird.



Hand in Hand gegen Rassismus: Für ein demokratisches Miteinander – gegen Rechtspopulismus, Faschismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung

„Antifaschistische Politik darf ihre zentrale Aufgabe nicht erst in der Bekämpfung eines bereits etablierten Faschismus sehen, sondern muss sich zum Ziel setzen, die Etablierung des Faschismus zu verhindern. Da der Faschismus nicht über Nacht aus dem Nichts kommt, bedeutet Verhinderung des Faschismus hier und heute die Bekämpfung und Blockierung jedweder Entwicklungen zum Faschismus.“

Reinhard Opitz

Solidarität ist unteilbar!

Die NaturFreunde sind seit ihrer Gründung aktiv in Initiativen gegen Nationalismus, Antisemitismus und Revanchismus. Sie engagieren sich in Bündnissen und streiten für eine interkulturelle Gesellschaft ohne Ausgrenzung. Die NaturFreunde treten für offene Grenzen für Menschen in Not ein.

In großen Teilen der Europäischen Union haben rechtspopulistische, nationalistische und faschisti-

sche Parteien und Bewegungen Zulauf. Mit rassistischen, völkischen und migrationsfeindlichen Äußerungen schüren sie Hass in der Gesellschaft und liefern als geistige Brandstifter den argumentativen Nährboden für die Entsolidarisierung der Gesellschaft. Rechte Hetze und Terror stellen eine immer größer werdende Gefahr dar. Angriffe auf Menschen mit Migrationshintergrund und antirassistische und linke Einrichtungen nehmen zu. Immer mehr Menschen werden aufgrund ihrer Hautfarbe, Religion oder sexuellen Orientierung belästigt und angegriffen. Sie werden angegriffen, weil sie nicht in das Weltbild von Rechten passen.

Gerade auch die deutsche Geschichte lehrt uns: Wehret den Anfängen. Schon einmal haben Demokrat*innen und die politische Linke die Entwicklung des Faschismus unterschätzt und haben nicht verhindern können, dass sich rechte und faschistische Parteien und Bewegungen innerhalb kürzester Zeit durchsetzen konnten. Die Folgen waren der millionenfache Mord an Menschen

jüdischen Glaubens, Angehörigen der Sinti- und Roma-Gemeinschaften, Menschen mit Beeinträchtigungen, Demokrat*innen und politischen Linken und vieler anderer Verfolgter. Dieser nationale und völkische Größenwahn führte die Welt in einen verheerenden Weltkrieg.

Die NaturFreunde stellen sich seit ihrer Gründung vor 125 Jahren gegen jeden nationalistischen, völkischen und rechtspopulistischen Wahn. Für uns NaturFreunde ist klar: Kein Mensch darf auf Grund von Hautfarbe, Herkunft, eigener Geschlechtsidentität, Religionsangehörigkeit oder sexueller Orientierung diskriminiert werden. Dies ist eine der Grundüberzeugungen unseres Verbandes. Die NaturFreunde laden alle Menschen ein, die sich für eine solidarische und diskriminierungsfreie Gesellschaft engagieren wollen, sich gemeinsam mit uns NaturFreunden für eine solidarische Veränderung einzusetzen.

Die NaturFreunde nehmen nicht hin, dass von Rassist*innen Wohnungen und Unterkünfte von Geflüchteten angegriffen werden, islamfeindliche Übergriffe zunehmen, an vielen Orten fremdenfeindliche und rassistische Demonstrationen stattfinden, gegen Geflüchtete und Muslim*innen gehetzt wird, Vorurteile geschürt werden. Gemeinsam mit vielen Initiativen und Verbänden machen wir NaturFreunde deutlich: Solidarität ist unteilbar!

NaturFreunde für eine soziale und solidarische Gesellschaft

Die NaturFreunde haben bereits in ihrer Satzung geregelt, dass sie an der Schaffung einer Gesellschaft mitarbeiten wollen, „in der niemand seiner Hautfarbe, Abstammung, politischen Überzeugung, seines Geschlechts, sexueller Orientierung oder Glaubens wegen benachteiligt oder bevorzugt wird und in der alle Menschen gleichberechtigt sind und sich frei entfalten können.“ Als einer der wichtigen Zwecke haben die NaturFreunde „die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens“ verankert. Deshalb treten die NaturFreunde für „die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens durch Mitgliedschaft in der Naturfreunde Internationale und Mitwirkung zum Beispiel bei grenz-übergreifenden Projekten“ ein.

Im Rahmen ihrer Arbeit wollen sich die NaturFreunde für eine Veränderung der Gesellschaft einsetzen:

- Die NaturFreunde beteiligen sich aktiv an der Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ und werden sich in die Aktionen und Seminare der Kampagne einbringen. Sie beteiligen sich weiterhin an den Bündnissen „#unteilbar“ sowie „Bunt statt Braun“ und organisieren gemeinsam mit antifaschistischen und antirassistischen Bündnissen Veranstaltungen und Proteste gegen rechte Aufmärsche.
- Weiterhin werden die NaturFreunde in ihrer Bildungsarbeit über Hintergründe rechter Strukturen aufklären und Möglichkeiten für das Engagement gegen rechts aufzeigen. Die NaturFreunde werden in Zusammenarbeit mit der Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ Ausbildungen zu „Stammtischkämpfer*innen“ anbieten und damit Interessierten die Möglichkeit bieten, sich argumentativ auf gesellschaftliche Diskussionen in Vereinen, Familien und im Bekanntenkreis vorzubereiten.
- Unsere Räumlichkeiten, Häuser und Einrichtungen sind offene Begegnungsräume für interkulturellen Austausch. Sie bieten Schutz vor Verfolgung und Diskriminierung. In unseren Räumlichkeiten und Veranstaltungen ist kein rassistisches, chauvinistisches und völkisches Gedankengut willkommen. Die häuserbesitzenden Gliederungen beteiligen sich deshalb an Kampagnen wie zum Beispiel „Respekt! Kein Platz für Rassismus!“ der IG Metall. Sie bringen das entsprechende Schild an ihren Häusern an.
- Gemeinsam mit den Ortsgruppen und Landesverbänden entwickeln die NaturFreunde integrative und interkulturelle Ansätze weiter, um unsere Angebote noch mehr als bisher für Menschen mit Migrationshintergrund zu öffnen.
- Die NaturFreunde wollen ihre geschichtspolitische Arbeit erweitern und die Verfolgung und Repression von NaturFreund*innen in der Zeit des Faschismus aufarbeiten. Mit Gedenkveranstaltungen, wie zum Beispiel dem jährlichen Gedenken an Georg Elser, wollen die NaturFreunde antifaschistische Geschichte für die nächsten Generationen lebendig erhalten.
- Im Rahmen ihrer sportlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten werden die NaturFreunde

ihre Arbeit für und mit Geflüchteten weiterhin fortsetzen und nach Möglichkeit weitere Angebotsformate entwickeln.

- Gemeinsam mit anderen Initiativen und Verbänden werden die NaturFreunde durch Informationen und Veranstaltungen über die Gefahren von Rechtspopulismus und Rassismus aufklären und informieren.
- Die NaturFreunde werden gemeinsam mit der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) Informationsveranstaltungen über rechtspopulistische und faschistische Einflüsse im Natur- und Umweltschutz durchführen.
- In allen Bündnissen und Initiativen mit anderen Organisationen, in denen die NaturFreunde mitarbeiten, werden wir uns dafür einsetzen, dass Vertreter*innen der AfD nicht eingeladen werden. In Bündnissen in denen rechtspopulistische Initiativen, Parteien oder Organisationen offiziell teilnehmen können, werden sich die NaturFreunde nicht beteiligen.
- Mitglieder und Funktionäre von rechtspopulistischen und faschistischen Parteien, wie zum Beispiel der AfD, werden nicht zu NaturFreunde-Veranstaltungen eingeladen. Die Positionen der AfD und vergleichbarer rassistischer Organisationen sind unvereinbar mit den Grundsätzen und der Satzung der NaturFreunde.
- Die NaturFreunde bekräftigen die Unvereinbarkeit der gleichzeitigen Mitgliedschaft bei den NaturFreunden und in der AfD oder in anderen Organisationen mit fremdenfeindlichen und rassistischen Positionen.
- Durch Informationen werden wir NaturFreunde dazu beitragen, Menschen immun gegen rechte Gesellschaftsentwürfe, völkische Ideologien und die zunehmenden Verschwörungstheorien zu machen.

Gemeinsam gegen rechts – für eine solidarische Gesellschaft

Die NaturFreunde stellen sich den reaktionären und rassistischen Positionen der neurechten Gruppen entgegen. Mit ihren antifeministischen Positionen, ihrer „Heim-und-Herd“-Ideologie, ihrem völkischen Nationalismus und ihrem rückwärtsgerichteten Gesellschaftsbild stellen diese Gruppen die Erfolge und Forderungen der Aufklärung und ihrer Kämpfe für eine aufgeschlossene,

interkulturelle Gesellschaft infrage. Seit ihrer Gründung stellen sich die NaturFreunde in die Tradition der Aufklärung und des solidarischen Humanismus.

Wir NaturFreunde engagieren uns für die gerechte Gestaltung der Globalisierung. In diesem Sinne werben wir für eine Verbindung von sozialen Kämpfen und antirassistischer Arbeit. Gemeinsam mit Sozialverbänden, antirassistischen Initiativen und Gewerkschaften wollen wir Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenführen und gemeinsam für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft eintreten. Innerhalb der NaturFreunde bieten wir Räume für interkulturellen Austausch und gesellschaftliche Diskurse.

Städte und Regionen der Toleranz und Teilhabe weiterentwickeln

Die NaturFreunde unterstützen Diskussionen und Bestrebungen von postkolonialen und antifaschistischen Initiativen, eine kritische Überprüfung bestehender Namensgebungen von Gebäuden, Straßen und Plätzen auf militaristischen, nationalistischen, rassistischen, diskriminierende und kolonialen Charakter durchzuführen.

Ausdrücklich unterstützen wir Bestrebungen in den Städten und Gemeinden über militaristische, rassistische und chauvinistische Namensgeber*innen von Straßen und Plätzen zu diskutieren und werben für eine konsequente antinationalistische, antirassistische, antidiskriminierende und antikoloniale Neu- und Umbenennungspolitik für solche Gebäude und Straßen. Die NaturFreunde werden sich mit Informationsveranstaltungen und inhaltlichen Angeboten an diesen Diskursen beteiligen.

Wir NaturFreunde unterstützen Bestrebungen, dass bei der Vergabe von Straßennamen Persönlichkeiten berücksichtigt werden, die sich aktiv gegen Krieg, Faschismus, Rassismus oder Kolonialismus engagiert haben.

Deswegen setzen sich die NaturFreunde dafür ein, dass Ausgrenzung durch Armut verhindert wird. Zu weltoffenen, toleranten Städten und Gemeinden gehört auch, dass sie sich ökologisch, menschenfreundlich und sozial weiterentwickeln.

Für uns NaturFreunde gilt: Faschismus ist keine Meinung – sondern ein Verbrechen!

Schon einmal hat in Deutschland der Faschismus an der Macht gewütet, weil die Demokrat*innen den Anfängen nicht konsequent entgegengetreten sind. Damit dies niemals mehr geschehen kann, werden sich die NaturFreunde aktiv gegen jegliche Form von Diskriminierung und Benachteiligung von Menschen engagieren.

„Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!“ lautete der Schwur der Überlebenden von Buchenwald. Dieser Schwur ist für uns NaturFreund*innen Mahnung und Verpflichtung.



Fluchtursachen bekämpfen – nicht die Geflüchteten

Immer mehr Menschen müssen vor Konflikten, Krieg, Umweltzerstörung, politischer Unterdrückung und Gewalt fliehen. Dabei nimmt die Anzahl derjenigen, die aufgrund der Folgen der Klimakrise ihre Wohnregionen verlassen müssen, deutlich zu.

2019 waren nach Angaben der UNHCR (UN-Flüchtlingshilfsorganisation) mehr als 70,8 Millionen Menschen auf der Flucht. 25,9 Millionen davon flohen vor Konflikten, Verfolgung oder schweren Menschenrechtsverletzungen. Über die Hälfte aller Geflüchteten weltweit sind Kinder unter 18 Jahren. Mehr als 40 Millionen Menschen sind Binnenvertriebene, die innerhalb ihres Landes auf der Flucht sind. Von allen Geflüchteten sind 3,5 Millionen registrierte Asylsuchende in anderen Ländern. Davon sind 2019 etwa 160.000 Menschen nach Deutschland gekommen und haben einen Asylantrag gestellt.

Heute sind die zunehmende Klimakrise und die dadurch verursachten Wetterextreme wichtige Gründe für die Zunahme von Migration und Flucht. Nach Angaben des International Displacement Monitoring Center wurden im Jahr 2016 bereits mehr als 30 Millionen Menschen weltweit durch extreme Wetterereignisse vertrieben. Durch die Klimakrise und die damit verbundenen Auswirkungen, wie Anstieg des Meeresspiegels, Überschwemmungen oder Dürre, Sturmfluten oder fehlen der Zugang zu Nahrung und sauberem Wasser, werden immer mehr Menschen in den Staaten Asiens, Mittel- und Südamerikas oder des südlichen Afrikas zur Flucht gezwungen. Häufig

fehlt diesen Menschen und Staaten das notwendige Geld, um infrastrukturelle Vorkehrungen gegen die zunehmenden Gefahren und Auswirkungen dieser Wetterereignisse zu ergreifen.

Seit vielen Jahren engagieren sich die NaturFreunde für die Integration von Geflüchteten in den Verband und die Gesellschaft. Sie unterstützen Geflüchtete, organisieren Sprachkurse für Erwachsene, Hausaufgabenhilfe für Kinder und Jugendliche, öffnen die Naturfreundehäuser für Geflüchtete und arbeiten mit lokalen und überregionalen Initiativen und Verbänden für eine andere Flüchtlings- und Migrationspolitik. Die NaturFreunde betrachten dabei die Geflüchteten-Arbeit als Teil ihres Einsatzes für Menschen, die gesellschaftlich benachteiligt werden. Sie wollen nicht Hilfe für, sondern mit den Betroffenen organisieren, sie zu Engagement und Einsatz gegen Ungerechtigkeit, Ausgrenzung und Rassismus gewinnen und ihnen über die NaturFreunde eine Plattform für gesellschaftliche Veränderungen anbieten. Integration von Geflüchteten und von Menschen mit Migrationshintergrund ist Teil der sozialen Arbeit der NaturFreunde: Gemeinsam mit vielen kämpfen wir für ein Recht auf Erwerbsarbeit, ein Menschenrecht auf bezahlbaren Wohnraum, ein Recht auf Gesundheit und soziale Absicherung und für den Ausbau des Sozialstaates für alle Menschen. Dabei lassen wir Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen, die in Deutschland geboren wurden, nicht gegeneinander ausspielen.

Flüchtlingspolitik der EU menschenunwürdig

Die Migrations- und Flüchtlingspolitik der Europäischen Union ist mit den Grundsätzen der Menschenrechte in keiner Weise vereinbar. Seit 2014 sind im Mittelmeer mehr als 17.000 Menschen ertrunken, im Jahr 2019 starben wieder mehr als 1.200 Menschen. Zehntausende Menschen müssen in unwürdigen Bedingungen in den Flüchtlingscamps, beispielsweise auf den griechischen Inseln, vor sich hinvegetieren. Die bundesdeutsche Regierungspolitik ist nicht in der Lage, wenigstens den mehr als 4.000 unbegleiteten Minderjährigen Geflüchteten dort eine sichere Aufnahme in Deutschland zu gewähren.

Während für die Grenzsicherung der Europäischen Union immer höhere Summen zur Verfügung gestellt werden, werden die notwendigen Mittel für eine menschenwürdige Unterbringung von in der EU angekommenen Geflüchteten verweigert. Die Mittel der EU für die Grenzsicherung werden in der Haushaltsperiode von 2021 bis 2027 von bisher 13 Milliarden Euro auf fast 35 Milliarden Euro fast verdreifacht. Der Personalbestand der EU-Grenzschutz-Agentur EBCA (früher Frontex) wird auf 10.000 Grenzbeamt*innen verzehnfacht. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen auch Anschaffungen zu einer weiteren Militarisierung der EU-Außengrenzen, nämlich Schiffe, Hubschrauber, neue Überwachungstechnologien, Drohnen und Nachtsichtgeräte, und ein Ausbau der Grenzzäune finanziert werden. Die EU-Außengrenze soll so weiter zu einer Festung Europa ausgebaut werden. Auf der anderen Seite können sich die EU-Mitgliedstaaten nicht auf eine gerechte Verteilung der Geflüchteten auf alle 27 Mitgliedstaaten der EU einigen.

Menschenrechte sind unteilbar

Die NaturFreunde Deutschlands verurteilen diese inhumane Flüchtlingspolitik und fordern die Regierungen der Mitgliedstaaten der EU auf, sich endlich auf eine an den Menschenrechten ausgerichtete Flüchtlingspolitik zu einigen und diese dann effektiv umzusetzen. Gerade angesichts der zunehmenden rechtsextremen und rechtspopulistischen Entwicklungen in nahezu allen Staaten der EU muss die Politik der Regierungen in den Mitgliedstaaten der EU die Verteidigung der Men-

schenrechte und den Schutz von Geflüchteten verteidigen und aktiv Position für alle Menschen in Not ergreifen. Rechtspopulistischen und nationalistischen Bewegungen kann nicht durch Aufgabe von menschenrechtlichen Standards entgegengetreten werden. Vielmehr muss die offizielle Politik der EU-Mitgliedstaaten alle Versuche, menschenrechtliche Standards über Bord zu werfen, entschieden zurückweisen.

Die NaturFreunde werden sich mit Initiativen und Verbänden aktiv gegen eine restriktive und menschenunwürdige Flüchtlingspolitik weiterhin engagieren. Sie unterstützen Bündnisse wie #unteilbar und Aufstehen gegen Rassismus und werden gemeinsam mit den Akteur*innen der Zivilgesellschaft für die Erhaltung eines Rechts auf Asyl streiten. Die NaturFreunde stehen in der Tradition der Aufklärung und der universellen Menschenrechte. Allen Bestrebungen, die Universalität der Menschenrechte infrage zu stellen, werden sie sich entgegenstellen. Sie werden den rassistischen und flüchtlingsfeindlichen Bewegungen nicht die mediale und öffentliche Meinung überlassen, sondern sich aktiv gegen diese menschenfeindlichen Tendenzen stellen.

Die NaturFreunde begreifen ihren Einsatz für Geflüchtete als Teil der Politik für alle Menschen, die sozial und kulturell ausgegrenzt werden. Die NaturFreunde werben für ein Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Friedensbewegung, um gemeinsam eine andere Politik einzufordern, welche Fluchtursachen bekämpft, Menschen auf der Flucht menschenwürdig behandelt und Geflüchtete nicht gegen in den Ländern der EU lebende Menschen ausspielt. Dabei wollen NaturFreunde ihren Einsatz mit einer grundlegenden Forderung nach Beendigung aller sozialen Ausgrenzungen in den Staaten der EU, gegen die ungerechte Verteilungspolitik, nach einer Bekämpfung von Armut und einer grundlegenden Durchsetzung der Menschenrechte in allen Bereichen und für alle Menschen verbinden. Ziel kann nicht eine „isolierte“ Geflüchtetenpolitik sein, sondern ihre Verbindung mit Antirassismus, Sozial- und Verteilungspolitik am Maßstab der Grundsätze der Menschenrechte.

EU-Politik - Ein Verursacher von Flüchtlingsbewegungen

Für Flucht und Vertreibung gibt es vielfältige Ursachen: Krieg, Konflikte, Klimawandel, politische oder religiöse Verfolgung, Zerstörung der Lebensgrundlagen durch Landraub, Rohstoffausbeutung oder fehlenden Zugang zu sauberem Wasser oder Nahrung.

Krieg und politische Konflikte sind häufig ein Ergebnis des Kampfes um knappe Ressourcen, Folgen des Klimawandels oder der geopolitischen Interessen der Staaten des Globalen Nordens. Für die Staaten des Globalen Nordens stehen noch immer ihre geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen im Mittelpunkt. Sie versuchen ihre wirtschaftliche Dominanz auszubauen und durch neoliberale Freihandelsabkommen den Zugang zu Rostoffen und Absatzmärkten zu erschließen und zu sichern. Dabei nehmen sie Landraub, Vertreibung und Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen in den Staaten des Globalen Südens billigend in Kauf. Die Gewinne aus der zunehmenden Ausbeutung der Staaten des Globalen Südens fließen an internationale Konzerne und lokale Eliten in den Staaten. Durch die neoliberale Freihandelspolitik wurden viele ökonomisch schwächere Staaten in Asien, Lateinamerika und Afrika weiter geschwächt.

Die Europäische Union betreibt eine besonders aggressive Außenhandelspolitik. Sie überschwemmt mit hochsubventionierten Lebensmitteln die Märkte in Afrika und zerstört damit die Lebensgrundlagen der kleinbäuerlichen Betriebe in der Region. Dadurch fördert die EU die Landflucht und die Migration von Millionen Betroffenen in die urbanen Zentren der Regionen. Internationale Konzerne aus dem Globalen Norden werden dabei unterstützt, sich riesige Agrarflächen in den fruchtbaren Regionen Afrikas und Lateinamerikas anzueignen, um sie für die Herstellung von Biosprit oder den Anbau von Futtermitteln für die exportorientierte, industrialisierte Landwirtschaft der EU zu nutzen. Damit trägt die Außenwirtschaftspolitik der EU aktiv dazu bei, die Abholzung von Regenwäldern, die Zerstörung der Lebensgrundlagen für Millionen von Menschen und die Zerstörung der natürlichen Grundlagen in den Staaten des Globalen Südens zu beschleunigen.

Die NaturFreunde setzen sich für eine Politik ein, die diesen Wahnsinn beendet. Die ungerechten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und die weltweit dominierende Produktionsweise, die auf einen hohen Ausstoß von Treibhausgasen und die Ausplünderung von Rohstoffen aufbaut, müssen schnellstens gestoppt werden. Ziel muss die Förderung von lokalen Märkten und der Ausbau von regionalen Wirtschaftskreisläufen mit der Förderung von Wertschöpfung in den Staaten des Globalen Südens sein. Wer den Zerfall von Staaten beenden will, muss eine Politik der eigenständigen Entwicklung in den Regionen des Globalen Südens fördern, statt eine Unterordnung unter die Interessen des Globalen Nordens durchzusetzen.

Die Waffenexporte und militärischen Interventionen aus den Staaten der EU tragen auch maßgeblich dazu bei, dass eine friedliche Entwicklung in vielen Regionen behindert wird. Sie führen ebenfalls zu Gewalt und Flucht.

Wenn die Staaten der EU von Entwicklungshilfe reden, fördern sie häufig einseitig die Interessen der transnationalen Investor*innen und Konzerne. Die heutige Ausrichtung der Entwicklungspolitik, wie sie sich zum Beispiel beim EU-Afrikagipfel 2017 manifestierte, wird immer mehr in den Dienst einer repressiven Migrationspolitik gestellt. Sie steht häufig im Gegensatz zu den Interessen der afrikanischen Staaten und untergräbt durch die restriktive Durchsetzung von innerafrikanischer Migrationskontrolle, die Demokratisierung und die rechtsstaatliche Entwicklung dieser Länder. Regionale Zusammenarbeit wird durch die Forderungen nach restriktiver Grenzüberwachung in den Staaten des südlichen Afrikas erschwert und bestehende grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Regionen wird zerstört.

Unter der Formulierung „Bekämpfung von Schleuserbanden“ und mit der Errichtung von Auffanglagern weit vor den europäischen Außengrenzen wird eine inhumane und menschenrechtsfeindliche Migrationspolitik unterstützt. Dabei schließt die EU Migrationsabkommen mit Diktaturen und Staaten, die die Menschenrechte massiv missachten, wie der Türkei, Eritrea oder dem Sudan. Die bisherige Politik der EU ist in keiner Weise geeignet, die Fluchtursachen zu bekämpfen, sondern

dient vor allem der Ausbremsung von Fluchtbe-
wegungen in Richtung der EU.

Die Migration aus den Staaten des Globalen Südens wird einseitig nach Nützlichkeit für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Staaten des Globalen Nordens gestaltet. So hat Afrika in den letzten drei Jahrzehnten nahezu ein Drittel seiner Akademiker*innen durch Migration an die Staaten des Globalen Nordens verloren. Dies wirkt sich negativ auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung der betroffenen Länder aus. Während die Ausbildungskosten für die Akademiker*innen den ohnehin schwachen öffentlichen Haushalten der Staaten des Globalen Südens aufgebürdet werden, wird der ökonomische Nutzen der Migration von hoch ausgebildeten Akademiker*innen und Facharbeiter*innen in die Staaten des Globalen Nordens verlagert. Lediglich durch die zunehmenden Geldüberweisungen von Migrant*innen aus den Staaten des Globalen Südens wird ein positiver Beitrag für die Stärkung der Kaufkraft in diesen Regionen geleistet. Die NaturFreunde halten diese einseitige Abwerbung von hochausgebildeten Fachkräften mit dem damit verbundenen „Brain drain“ für problematisch. Gleichzeitig werden Menschen in Not an den Außengrenzen der EU mit brutalen Mitteln abgewehrt.

Für eine solidarische Politik für Geflüchtete und mit Geflüchteten

Hierbei wollen die NaturFreunde sich an erster Stelle dafür einsetzen, die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen. Ziel muss sein, alle Formen von erzwungener Migration zu verhindern. Die NaturFreunde treten für eine solidarische, gerechte Weltwirtschaftsordnung ein, fordern ein Verbot von Rüstungsexporten und militärischen Interventionen, die Bekämpfung von Landraub und unfairen Produktionsverhältnissen und setzen sich für Demokratie und Menschenrechte ein.

Die NaturFreunde akzeptieren nicht, dass zugunsten der wirtschaftlichen Interessen der Staaten des Globalen Nordens die Zusammenarbeit mit Diktaturen gefördert wird, während demokratische Bewegungen für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung oder die soziale Veränderung in den Staaten des Globalen Südens bekämpft werden.

Die NaturFreunde fordern:

- Die Bekämpfung der Fluchtursachen und nicht der Geflüchteten! Hierfür brauchen wir einen Neuansatz in der Entwicklungspolitik und die Durchsetzung von gerechten Handelsbeziehungen zwischen den Staaten des Globalen Nordens und des Globalen Südens und ein Verbot von Rüstungsexporten. Die NaturFreunde wollen eine Stärkung der Vereinten Nationen und ihrer finanziellen Ressourcen für die Bekämpfung von Not und Fluchtursachen. Deutschland muss seine Unterstützung für UNICEF, UNHCR und für nichtmilitärische Friedenssicherungsmaßnahmen deutlich erhöhen;
- die Anerkennung von Klimaflucht und von geschlechtsspezifischen Fluchtursachen als Asylgründe. Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung geflohen sind, aber auch Frauen, die aufgrund der menschenrechtlichen Situation und der Unterdrückung ihrer demokratischen Selbstbestimmungsrechte ihre Region verlassen haben, müssen einen umfassenden Schutz erhalten und als Asylberechtigte anerkannt werden;
- konkrete Hilfe für Menschen auf der Flucht. Die EU muss endlich sichere Fluchtwege schaffen, damit das Sterben an den EU-Außengrenzen sofort aufhört. Nicht mit Repression und Abschottung, sondern durch legale und sichere Fluchtwege für Geflüchtete nach Europa werden die hohen Gewinne der Schlepperbanden verhindert;
- die Kündigung des menschenunwürdigen Abkommens mit der Türkei und anderen undemokratischen Regimen, die Geflüchtete unter unwürdigen Bedingungen in Lagern und völlig überfüllten Unterkünften einsperren, sie zu Zwangsarbeit, Prostitution und Ausbeutung verurteilen;
- die offensive Unterstützung der Integration von Geflüchteten. Durch den vorhandenen Investitionsstau beim Ausbau von öffentlicher Infrastruktur fällt es den Rechtspopulist*innen leicht, die Ursachen auf völlig Unbeteiligte, wie Geflüchtete oder Einwandernde aus den Staaten der EU, zu schieben. Wir wollen, dass die Eingliederung von allen benachteiligten Menschen, und hierzu gehören auch viele Geflüchtete, in den Arbeitsmarkt gefördert wird. Hier-

- für müssen Mittel für Integrations- und Sprachkurse im ausreichenden Maße zur Verfügung gestellt;
- die Beendigung der Unterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften und Abschiebezentren, die Integration in unsere Gesellschaft verhindert. Eine dezentrale Unterbringung der Geflüchteten ist sicherzustellen. Die bestehende Residenzpflicht und die Wohnsitzauflagen stehen einer Integration in den Arbeitsmarkt entgegen und müssen abgeschafft werden. Um dies zu erreichen, muss in den sozialen Wohnungsbau, in den Ausbau von Kitas und Schulen und in ein gerechtes Gesundheitssystem für alle massiv investiert werden. Wir NaturFreunde lassen nicht zu, dass Geflüchtete und Menschen, die in Deutschland geboren wurden, gegeneinander ausgespielt werden. Wir machen deutlich: Nicht die Menschen, die auf der Flucht nach Deutschland kamen, sind die Ursache für einen ausgehöhlten Sozialstaat, sondern eine jahrzehntelange neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik;
 - eine Absenkung von Standards oder Sonderregelungen für Geflüchtete sind nicht akzeptabel. Menschen müssen für gleiche Arbeit am gleichen Arbeitsplatz eine gleiche Entlohnung bekommen. Dies gilt für Frauen und Männer, für Langzeitarbeitslose genauso wie für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Um eine Vollbeschäftigung zu erreichen, treten die NaturFreunde für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor ein. In diesem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor müssen tarifvertraglich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse entstehen;
 - die Zusammenführung von Familien als eine humanitäre und menschenrechtliche Grundentscheidung sicherstellen. Die NaturFreunde lehnen jede Einschränkung des Familiennachzuges ab. Geflüchtete, die in ständiger Angst um ihre Angehörigen sind, werden aktiv auch daran gehindert, sich in die Aufnahmegesellschaft zu integrieren. Deshalb müssen auch Bürgerkriegsflüchtlinge ein Recht erhalten, ihre Familien nachzuholen;
 - die Staaten der EU müssen eine solidarische Einwanderungsgesellschaft mit sozialer Sicherheit für alle in der EU lebenden Menschen organisieren. Die heutige Konkurrenz um Arbeitsplätze, Wohnung und soziale Absicherung muss überwunden werden. Deshalb setzen sich die NaturFreunde für ein soziales und ökologisches Zukunftsprogramm ein, um eine gerechte Gesellschaft für alle zu ermöglichen;
 - Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus und Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten dürfen nicht abgeschoben werden. Wenn Menschen durch eine Abschiebung existenzielle Not, Wohnungslosigkeit oder fehlende medizinische Versorgung oder Diskriminierung droht, ist eine Abschiebung mit menschenrechtlichen Grundsätzen nicht vereinbar. Deshalb unterstützen die Natur-Freunde die Forderung nach einem Stopp der Abschiebungen und die Integration von hier Lebenden. Für alle Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund, die länger als fünf Jahre in Deutschland leben, muss es einen gesicherten Aufenthalt in Deutschland geben;
 - Kommunen müssen durch den Bund und die Länder für die Bewältigung der Herausforderungen mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Hierfür müssen die Einnahmen des Bundes und der Länder deutlich verbessert werden. Die NaturFreunde erwarten deshalb von der Bundesregierung, endlich eine gerechte Steuerpolitik durchzusetzen, bei der alle nach ihren finanziellen Möglichkeiten zur Finanzierung des Sozialstaates herangezogen werden;
 - die nationalistische und rassistische Politik eines Großteils der EU-Mitgliedstaaten muss beendet werden. Wir brauchen endlich einen europäischen Verteilungsmechanismus, der sowohl den Interessen der Aufnahmeländer als auch denen der Geflüchteten gerecht wird. Die unmenschlichen Flüchtlingslager, zum Beispiel in Italien, Bulgarien oder auf den griechischen Inseln, müssen aufgelöst und für die sich derzeit dort befindenden Menschen eine menschenwürdige Unterbringung gewährleistet werden. Bei jeder Unterbringung von Geflüchteten muss insbesondere Rücksicht auf die Bedürfnisse von Frauen, Kindern, Kranken und besonders verletzlichen Gruppen genommen werden. Die sogenannten ANKER-Zentren in Deutschland müssen aufgelöst und die Menschen dezentral untergebracht werden. Die

NaturFreunde lehnen abgesperrte Massenlager in der EU, sogenannte Transitzonen, und europäische Außenlager in Drittstaaten ab.

Die NaturFreunde werden

- sich weiterhin aktiv auf allen Ebenen für die Integration von Geflüchteten und ihre Integration in die Gesellschaft einsetzen;
 - die Naturfreundehäuser für die Arbeit mit Geflüchteten und für Geflüchtete öffnen;
 - ihre Freizeitangebote so weiterentwickeln, dass sie für alle Menschen möglichst niedrigschwellig angeboten werden können;
- sich in Bündnissen wie Aufstehen gegen Rassismus, #unteilbar und in den antirassistischen und antifaschistischen Bündnissen weiter engagieren;
 - Informationsmaterialien und Terminangebote, wenn möglich, in weitere Sprachen übersetzen, um ein niedrigschwelliges Angebot für Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund zu ermöglichen.



LEBEN retten! Humanitäre Katastrophe endlich beenden, staatliche Seenotrettung unverzüglich beginnen

Seit Jahren fliehen Menschen vor Krieg, Verfolgung, Hunger und den Folgen des Klimawandels über das Mittelmeer. Gerade junge Menschen wagen auf der Suche nach Schutz und nach einer Perspektive auf ein menschenwürdiges Leben die Flucht über das Meer nach Europa. Oft mit fatalen Folgen: Viele Tausende sterben jährlich auf der Flucht nach Europa. 2018 starben täglich durchschnittlich sechs Menschen bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren. Auch im Jahr 2019 ertranken mehr als 1.300 Menschen im Mittelmeer.

Die Bundesregierung und die anderen Regierungen in der Europäischen Union reagierten auf die steigende Zahl der Asylsuchenden in den Jahren 2015 und 2016 mit einer Politik der Abschottung und Abschreckung, ohne die vielfältigen Fluchtursachen nachhaltig zu beseitigen. Sie riegelten die EU-Außengrenze hermetisch ab und kooperierten mit autoritären Drittstaaten und Diktaturen, um Flüchtende bereits abzuwehren, ehe sie die Grenze der Union erreichen.

Dem andauernden Ertrinken im Mittelmeer sehen die Bundesregierung und die anderen Regierungen in der Europäischen Union dagegen immer noch tatenlos zu. Eine staatlich organisierte Rettung bleibt aus. Zur Sicherung der im Völkerrecht verbrieften Seenotrettung und dem nicht verhandelbaren Recht auf Leben, übernehmen gemeinnützige Organisationen aus der Zivilgesellschaft hier Verantwortung. Oft führen junge Europäer*innen

unter dem Einsatz ihrer eigenen Gesundheit, die Seenotrettungsmissionen zum Erfolg. Die Leben hunderttausender Menschen konnten so bisher gerettet werden.

Die zivilen Helfer*innen organisieren sich in Vereinen, Verbänden oder NGOs und werden durch Spenden aus der Zivilgesellschaft unterstützt. Auch viele ehrenamtlich Aktive aus den Jugendverbänden beteiligen sich an den Rettungsmissionen. Zahlreiche Jugendverbände bekunden in Bündnissen, Demonstrationen und Beschlüssen ihre Solidarität mit den Helfenden. Von staatlicher Seite selbst fehlt hingegen die Unterstützung für die zivilen Retter*innen. Zahlreiche europäische Politiker*innen und Institutionen verhindern Rettungseinsätze, lassen überfüllte Schiffe mit Geretteten wochenlang auf offener See auf der Suche nach offenen Häfen ausharren. Obwohl die zivilen Rettungsmissionen auf internationalem Seerecht und Humanität basieren, kriminalisieren zahlreiche Politiker*innen und Medien die Helfer*innen.

Die unterlassene Hilfeleistung der europäischen Regierungen ist ein politischer Skandal! In ihrer Folge ist sowohl das Leben flüchtender Menschen bedroht, als auch unsere eigene Humanität. Zudem beschädigt sie das Vertrauen in die Wirksamkeit der Europäischen Union und die Rechtsstaatlichkeit ihrer Mitgliedsländer. Diese zynische Politik ist Teil eines sich ausbreitenden Rassismus.

Europäer*innen in Seenot würden immer gerettet werden.

Als internationalistischer und antirassistischer Verband setzen wir uns im Bündnis Seebrücke für sichere Häfen für alle Menschen ein. Um diese zu gewährleisten, erwarten wir von der deutschen und europäischen Politik, endlich die humanitäre Katastrophe zu beenden und eine solidarische und menschenrechtsbasierte Flüchtlendenpolitik zu schaffen.

Deshalb fordern wir von der Bundesregierung und den europäischen Institutionen:

- dass die EU ihren völker- und rechtsstaatlichen Verpflichtungen Schutzsuchenden gegenüber in vollem Umfang gerecht wird und alle Mitgliedstaaten ihre Verantwortung für eine menschenwürdige Aufnahme wahrnehmen;
- dass die EU-Staaten ihre internationale Verpflichtung zur Seenotrettung ausüben, indem sie Sanktionen für humanitäre Hilfe an Flüchtenden abschaffen und ein System staatlicher Seenotrettung aufbauen;
- dass sichere, transparente und legale Wege für Schutzsuchende in die EU, zum Beispiel über europäische Resettlementprogramme, die Vergabe humanitärer Visa oder erleichterter Familienzusammenführung geschaffen werden;
- gemäß den Empfehlungen des Europäischen Flüchtlingsrats ein reguläres System zur fairen und solidarischen Verteilung Flüchtender in allen Ländern der Europäischen Union zu etablieren;
- eine Zuweisung von sicheren Häfen durch die Rettungsleitstellen. Das internationale Seerecht schreibt vor, dass aus Seenot gerettete Menschen nur an einem „sicheren Hafen“ an Land gebracht werden dürfen (Art. 98 SRÜ). Für die NaturFreunde können sichere Häfen aber nicht in Libyen, Marokko oder Tunesien sein;
- dass die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und autoritären Drittstaaten und Diktaturen, die für die EU Migrant*innen abwehren sollen, ehe sie die Grenzen Europas erreichen, und dabei Menschenrechte missachten, beendet wird;
- dass die lebensgefährliche Rückführung von Flüchtenden nach Libyen beendet wird sowie der Aufbau der sogenannten libyschen „Küstenwache“, verbunden mit dem Einsatz für die Freilassung aller in Libyen internierten Schutzsuchenden. Stattdessen sollen sich die Bundesregierung und die EU über ihre Außen-, Entwicklungs-, Agrar-, Klima- und Fischereipolitik stärker an der tatsächlichen Bekämpfung der Fluchtursachen beteiligen.



6. Anträge zur Organisation

6.1 Verbandsentwicklung

NaturFreunde bewegen weiter – Verbandsentwicklung bleibt Aufgabe

Seit dem Bundeskongress 2014 ist Verbandsentwicklung Thema auf allen Ebenen der NaturFreunde Deutschlands. Auch die Naturfreundejugend ist seit einigen Jahren in einem Erneuerungsprozess und hat die Verbandsentwicklung erneut bis zum Jahr 2026 auf ihrer letzten Bundeskonferenz beschlossen. Viele wichtige Schritte sind wir bereits gemeinsam gegangen, und darauf können wir stolz sein – viele wichtige Schritte liegen noch vor uns! Die Entwicklung unseres Verbandes bleibt eine dauerhafte Herausforderung, denn wir sind kein Verband wie viele andere: Uns kennzeichnen eine lange Tradition, vielfältigste Aktivitäten, ein großes Häuserwerk und ein umfassender politischer Anspruch! So vielfältig unser Verband aufgestellt ist, so vielfältig müssen auch die Schritte in eine gute Zukunft für uns sein! Nicht immer gleich schnell und gleichartig, aber immer dem gemeinsamen Ziel verpflichtet, ein Verband zu sein, der zukunftsfähige Antworten geben kann auf die Probleme der Zeit!

Ausgehend von unseren zentralen Arbeitsfeldern: der sozial-ökologischen Transformation, nachhaltigem Tourismus; Sport und dem geselligen, kulturellen Verbandsleben, wollen wir die nächsten Schritte angehen. Die Arbeitsbegriffe dazu lauten: Organisationskultur, Netzwerk, Projekt, modernes Ehrenamt, Zusammenarbeit, Führungsfähigkeit und Kommunikation – auch digitale. Gemeinsam erarbeitet und an zentraler Stelle veröffentlicht wird dabei auch ein einheitliches Leitbild aller Gliederungen der NaturFreunde Deutschlands.

Das „Wir-Gefühl NaturFreunde“ stärken

Ein ganz wichtiges Ziel unserer Arbeit ist, neben einer guten Arbeitsfähigkeit das „Wir-Gefühl NaturFreunde“ zu stärken und weiterzuentwickeln. Organisationskultur steht für diese innere Verfasst-

heit der gemeinsamen Ziele, Werte und politischen Orientierungen. Wir haben diesen Entwicklungsprozess in den letzten drei Jahren an unserem Grundsatzpapier zur sozial-ökologischen Transformation im Rahmen der Treffpunkte N geführt. Hier wollen und müssen wir weiterarbeiten!

Den Netzwerkansatz ausbauen

Wir haben aktive Sportler*innen, viele Häuser, Kulturinitiativen, Ortsgruppen unterschiedlichster Struktur, regionale Zusammenschlüsse, Landesverbände und eine mehr denn je sichtbare Naturfreundejugend. Dieser Schatz an Vielfalt lässt sich nicht einfach linear organisieren. Ein solcher Verband ist nur als aktives Netzwerk zukunftsfähig!

Die Stärkung des Netzwerkansatzes bleibt deshalb, wie schon in den vergangenen Jahren der Dreh- und Angelpunkt unserer Verbandsentwicklungsarbeit!

Perspektivisch entwickelt sich aus einer aktiven Kooperation zwischen unseren Ortsgruppen, zwischen den Fachbereichen, den Landesverbänden etc. eine selbstlernende Netzwerkstruktur, die Nähe herstellt, gemeinsame Arbeitsformen entwickelt und trägt wie Projekte oder Kampagnen. Das Binnenleben erfährt dadurch eine neue Dynamik und wird zum Impulsgeber unserer Organisationskultur – unserem „Wir-Gefühl“.

Diese Netzwerke können sich entlang von Strukturen bilden, aber auch thematisch orientiert sein – gute Ansätze sind vorhanden: die Zusammenarbeit einzelner Häuser im Projekt „Visionen leben. Nachhaltige Naturfreundehäuser (P19)“, die Zusammenarbeit im Sport oder thematisch zu Freihandel, Umweltfragen oder Normung. Im Fachbereich Kultur und Bildung sowie in der internationalen Arbeit haben wir neue Netzwerke initiiert. Diese Arbeit wollen wir ausbauen. Es können

auch kurzzeitige und befristete, inhaltliche Netzwerke für Aktivitäten sein: zum Beispiel politische Aktionen, Umweltaktionen, Hilfeprojekte.

Diese Formen von Netzwerkaktivitäten können für die Mitgliedergewinnung fördernd sein, denn Netzwerkarbeit ist auch für Nicht-Mitglieder offen und kann letztere kontinuierlich und dauerhaft an die Verbandsarbeit anbinden. Auch eröffnen die Netzwerkaktivitäten dem Verband gleichzeitig das zukunftsorientierte Arbeiten in und an Projekten, denn mögliche neue Mitglieder, ob jung oder älter, kennen das Arbeiten an Projekten aus ihrem Schul- oder Betriebsalltag – hier ist es schon seit Jahren gewohnte Routine!

Treffpunkt N als Plattform für Vernetzung und Erfahrungsaustausch weiterentwickeln

Es muss eine neue Reihe Treffpunkt N geben. Das Format muss variabel angepasst werden und es müssen auch digitale Arbeitsformen einbezogen werden! Die Begegnung und das Gespräch stehen dabei im Vordergrund – Ebenen übergreifend – mit auch zeitgemäßen Arbeitstechniken.

Die Konferenzen sollen ergänzt werden durch die organisatorische Unterstützung von Modellprojekten. Der Bundesvorstand und die Landesverbände können nicht an allen wichtigen Stellen im Verband gleichzeitig Hilfestellung, im Sinne von Beratung, Organisationsentwicklung, Vernetzung usw. leisten. Aber es muss modellhaft gelingen, spannende Aktivitäten – getragen zum Beispiel von einzelnen Mitgliedern, Ortsgruppen, Häusern, Sportgruppen, Kulturgruppen – so zu unterstützen, dass am Ende nutzbare Anleitungen oder Handreichungen entstehen, die dann wiederum Interessierten als Hilfe angeboten werden können. Weiterhin muss es gelingen, Interessierte mit Aktiven so zu vernetzen, dass moderne Arbeitsformen entstehen, die sich selbst tragen können, sich gegenseitig so stützen und entwickeln. Ausdrücklich einbeziehen wollen wir dabei die Naturfreundejugend und auch verstärkt Online-Methoden einsetzen.

Stärken des Ehrenamts durch Stärkenberatung, Ehrenamtsakademie und Kampagnen

Stärkenberatung, Ehrenamtsakademie und Kampagne haben sich als sehr gute Arbeitsbereiche erwiesen! Stärkenberatung und Ehrenamtsakademie tragen aktiv dazu bei, unsere Netzwerkfähigkeit

weiter zu verbessern, sie helfen Projekte zu entwickeln, stärken das moderne Ehrenamt und setzen Impulse für eine moderne Vereinsführung. Über die Kampagnen bündeln wir Aktivitäten zu den Kampagnenthemen und machen den Verband so sichtbarer.

Verbandsentwicklung zu einem geschlechtergerechten und diversitätsbewussten Verband

Auf der Förderung von Frauen in den Gremien auf allen Ebenen des Verbandes muss in der Verbandsentwicklung ein besonderer Fokus liegen. Dazu gehören auch Überlegungen zu einer Geschlechterquote sowie die konsequente Nutzung der geschlechtergerechten Sprache.

Pluralität und vielfältige Lebenswelten sind zentrale Bestandteile demokratischer Gesellschaften. Für uns ist Diversitätsbewusstsein eine Basis- und Schlüsselkompetenz nicht nur von Jugendleiter*innen und Sporttrainer*innen, sondern von allen Engagierten in unserem Verband. Dazu gehört es, sensibel und empathisch für unterschiedliche Lebenswelten und Lebensentwürfe zu sein, das eigene Verständnis von Gesellschaft und die eigene Positionierung darin wahrzunehmen, zu reflektieren und neue Perspektiven einnehmen zu können. Hierzu sollen Materialien von der Bundesebene bereitgestellt werden.

Verbandsentwicklung fördert Mitgliederentwicklung

Wir wissen natürlich, dass bei aller Euphorie für die Entwicklung unseres Verbandes eine existenzielle Frage immer mitschwingt: Wie finden und binden wir neue Mitglieder? Der einfache Ruf nach den „Neuen“ oder den „neuen Jungen“ hilft so nicht weiter.

Die Entwicklung des Verbandes ist dabei ein wichtiger Schritt, denn nur dort, wo die Strukturen unseres Verbandes mit der Lebenswirklichkeit möglicher „Neuer“ zusammenpassen, können wir auch neugierig machen und einbinden. Wir sind überzeugt, dass wir uns zukünftig im Bundesvorstand breiter aufstellen müssen und auch hier Team-Bildung und Team-Leistungen – vielleicht auch Doppelspitzen – stärker betonen müssen. Aber das alleine reicht noch nicht aus. Wir müssen auch überlegen: Wen können wir eigentlich wo

noch erreichen? Wie stark sind die konkurrierenden Organisationen in unserem Umfeld, die auch neue Mitglieder suchen? Wie attraktiv sind wir?

Wir brauchen neue Arbeitswerkzeuge wie zum Beispiel die Generationenanalyse. Wenn wir neue Angebote entwickeln, um unsere Attraktivität zu

erhöhen, müssen diese auch für die gewinnbaren Zielgruppen vor Ort passen, zum Beispiel Angebote für junge Leute bei der Naturfreundejugend, für Familien, für Menschen nach dem Berufsleben.



Gründung eines Sportbeirates der NaturFreunde

Natursport gehört zu den Hauptfachbereichen der NaturFreunde, ein beträchtlicher Teil der Mitgliederwerbung erfolgt über sportliche Angebote. Einem Beschluss des vergangenen Bundeskongresses folgend arbeitet der Fachbereich Natursport daran, Natursport zum Markenzeichen der NaturFreunde weiterzuentwickeln. Hierzu ist immer mehr auch eine Vernetzung mit externen Personen und Organisationen, sowohl aus dem sportlichen als auch aus dem politischen Bereich, notwendig. Zu diesem

Zweck wurde im Bundesvorstand bereits die Einrichtung eines sogenannten Sportbeirates erörtert und beschlossen.

Der Bundesausschuss unterstützt dieses Vorhaben und fordert den Bundesvorstand auf, bis Ende 2020 eine Vorschlagsliste für Mitglieder des Sportbeirates zu erstellen und die Gründung eines Sportbeirates vorzubereiten.



Aufnahme der NaturFreunde in den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) vorantreiben

Der Bundesausschuss fordert die Landesverbände der NaturFreunde Deutschlands auf, bis zum 30. Juni 2021 die Voraussetzungen für einen Beitritt der NaturFreunde Deutschlands zum Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) zu schaffen und zu prüfen, ob es alternative Möglichkeiten des

Beitritts (wie zum Beispiel beim Sportverein der NaturFreunde Hessen e.V.) gibt. Der Bundesvorstand stellt Ressourcen für die Koordination zur Verfügung.



6.2 Bundesfachgruppe Häuser

NaturFreunde-Häuserwerk stärken

Die Naturfreunde Häuser sind ein zentraler Bestandteil der NaturFreunde-Arbeit. Gemeinsam wollen wir sie erhalten und weiterentwickeln. Sie sind kein Selbstzweck, sondern ein Angebot an uns selbst und die Gesellschaft.

Unsere Naturfreunde Häuser sind unser gemeinsames Verbandsvermögen! Inhaltlich und materiell. Hier sind wir zu Hause. Hier sind die Räume für unsere Ortsgruppen- und Fachgruppenarbeit. Hier sind wir gute Gastgeber*innen. Unsere Häuser

sind Stätten der Begegnung, der Erholung und der Solidarität. Unsere Stützpunkte für Sportausbildung, Kulturarbeit, Bildungsformate. Hier können unsere Besucher*innen NaturFreunde – insbesondere das große ehrenamtliche Engagement in den Ortsgruppen – kennenlernen. Kurzum: Wo NaturFreunde dran steht, müssen NaturFreunde drin sein! Daher wollen wir den Bundesfachbereich Naturfreundehäuser und das Häuserwerk der NaturFreunde mit den anderen Bundesfachbereichen und Gliederungen weiter enger verzahnen und gemeinsam zu einer stärkeren Profilierung der NaturFreunde und der Naturfreundehäuser beitragen.

Vernetzung und Erfahrungsaustausch wird auch für die Häuserverantwortlichen immer wertvoller. Dabei wollen wir die Vielfalt unserer Häuser berücksichtigen.

Jedes Naturfreundehaus ist Teil unseres Gesamtnetzwerkes, dem NaturFreunde-Häuserwerk. Wir stärken gemeinsam die Marke Naturfreundehaus, indem wir unsere Naturfreundehäuser nachhaltig bewirtschaften.

Zur Vernetzung der Häuser/Hausverantwortlichen, zum Austausch wesentlicher Informationen zur Hausführung und zur Weiterbildung werden zumindest einmal im Kalenderjahr von allen Landesverbänden Landeshäuserkonferenzen veranstaltet. Bei „kleineren“ Landesverbänden beziehungsweise Landesverbänden mit geringem Häuserbestand sollen gemeinsame Landeshäuserkonferenzen benachbarter Landesverbände stattfinden. Gutes Beispiel ist hier die gemeinsame Häuserkonferenz der norddeutschen Landesverbände.

Alle Häuser und Hausverantwortlichen sind aufgerufen, bis Ende 2021 eine kaufmännische Investitions- und Finanzplanung für ihr Haus zu entwickeln und sich mit den zuständigen Landesgremien zu beraten.

Die Landesverbände sind aufgerufen, bei Bedarf zusammen mit den Häuserverantwortlichen der Ortsgruppen eine Perspektive für den Betrieb des jeweiligen Naturfreundehauses zu entwickeln, da

einige Ortsgruppen oftmals Probleme haben, den Betrieb des Hauses aufrecht zu erhalten (Überalterung, keine Motivation, Konflikte wegen des Hauses etc.) und zum Beispiel Hausdienste zu organisieren.

Kriterien für die weitere Entwicklung/Perspektive eines Hauses können sein:

- Die Umsetzung des Leitbildes Naturfreundehaus bei der Hausbewirtschaftung.
- Der Betrieb unserer Häuser muss nachhaltig sein und sich an unseren weltoffenen Werten orientieren.
- Der Betrieb unserer Häuser muss wirtschaftlich sein.
- Unsere Häuser sind Stätten der Selbstorganisation unserer Bewegung. Ehrenamt in unseren und für unsere Häuser soll Spaß machen.
- Professionellere Führung der Naturfreundehäuser. – Auch Ehrenamt kann professionell sein.

In den vergangenen Jahren haben wir Häuser aus den verschiedensten Gründen verloren. Bei einem Verkauf von Häusern ist der Verkaufserlös häufig nicht im Verband geblieben. Naturfreundehäuser sind unser gemeinsames Vermögen. Wenn ein Naturfreundehaus verkauft wird (werden muss), erwarten wir, dass der Verkaufserlös der NaturFreunde-Arbeit oder den anderen Häusern (im Landesverband) zu Gute kommt. Ein Verkauf eines Naturfreundehauses oder Grundstückes kann nur entsprechend der Satzung (Ortsgruppen-Mustersatzung) erfolgen.

Wir verpflichten uns selbst – auf allen Ebenen (Bundesgruppe, Landesverbände, Ortsgruppen) – Drittmittel für den Erhalt und Ausbau des NaturFreunde-Häuserwerkes/der Naturfreundehäuser zu akquirieren.

Die Bundesfachgruppe Häuser entwickelt in Zusammenarbeit mit dem Projekt „P 19 – das nachhaltige Naturfreundehaus“ ein Siegel für das nachhaltige Naturfreundehaus.

